

Kostenlos!

Ausgabe 15

Sommer 1999

00/4

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Realität ist Dichtung

Das Nebeneinander von Familien mit deutschem und ausländischem Paß ist in Solingen immer beispielhaft gewesen.*



SPD

*aus dem Wahlprogramm der SPD

Wir geben das meiste

(... Geld aus für Franzens Wahlkampf)

und sind die Sparsamsten

(... was die Inhalte unseres Programms betrifft)

CDU

Wovon Frau Löhrmann nachts träumt



Jäger 90/Die Grünen

Dichtung ist Realität

Mehr Wirtschaftsförderung
Mehr Autobahnen
Mehr Gewerbeflächen

Weniger Fürsorgestaat
Weniger Unternehmersteuern
Weniger kommunaler Dienst



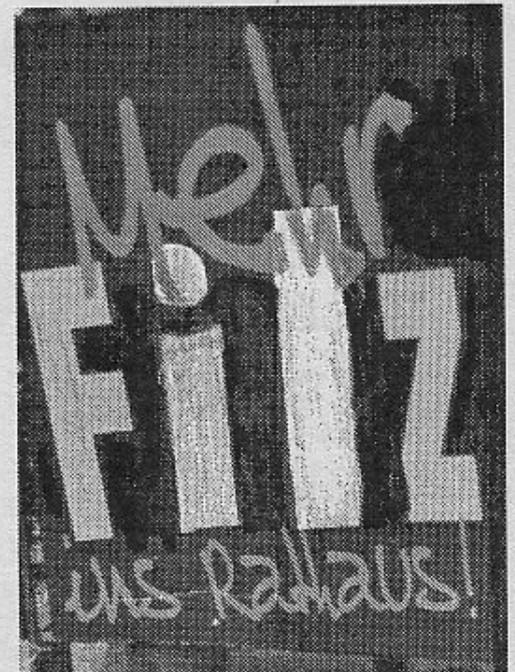
Die Partei der Besserverdienenden

Schiller

“Wir sind gegen die Freigabe von Drogen



(Zweckverband zur Verteidigung der Ratsmandate)



**Kommunalwahl:
Die Sozialprogramme
der Parteien
Die Verkehrsprogramme
der Parteien** 3 + 4

**Was sonst noch in Solingen ge-
schah: Ein subjektiver Rückblick** 5

**Vom Seelenverkäufer zum Luxusliner?
Das Neue Steuerungsmodell in der
Stadtverwaltung - ein
Erfahrungsbericht Teil 1** 6 + 7

**SOS-Rassismus will CDU löchern.
Wo bleiben angekündigte
Vorschläge zur Integration?** 7

**Der gute Krieg im Kosovo.
Nach dem Ende der
NATO-Bombardierung** 8 + 9

**Spendenrat rügt Schutzgemeinschaft
Deutscher Wald. Geschäftsführer
Krebs schweigt zu
schwerwiegenden Vorwürfen** 10

**Neues vom Amtsgericht:
CDU-Quintett schwärzt
Unschuldigen an** 11

**Solingen und die Kultur
- oder die Provinz und ihre
Träume(Teil 2)** 12

**Besetzung des alten
Güterbahnhofs in Hilden** 13

**LeserInnenbriefe +
Bürgerfunktermine** 15

**Gruppeninfos und
Termine** 16



Impressum

tacheles - Zeitung für Emanzipation und
Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskol-
lektiv erstellt. Auflage 3000

Kontakt und Zuschriften:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98
e-mail: tachelesSG@wtal.de

Druck: Neuer Weg, Verlag und Druck
Kaninenberghöhe 2, 45136 Essen

VISdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen

Bankverbindung: Bank für Gemeinwirt-
schaft (BfG), Kontoinhaberin: Pauline Ehl
Konto: 297 349 6300, BLZ 330 101 11

Sprachlos Grau.

Zeit meines Lebens sehe ich diese Stadt. Gehe durch ihre Straßen und sehe Gesichter. Mit der Zeit ist sie kleiner geworden. Die Menschen schweigen. Ich sage mir, was mich hält: Mittelmäßigkeit, gewohnte Mittelmäßigkeit kombiniert mit kultureller Trostlosigkeit und politischem Fatalismus. Ein unwirklich lebenswerter Ort für einen Mensch, der nicht akzeptieren kann. Ein manisch-depressives Paradies. Praktizierter Wahnsinn in gigantischen Ausmaßen, unmittelbar, greifbar. An jeder Ecke wird das Erträgliche durch betonierte Alpträume ersetzt. Es gibt dafür keine Entschuldigung und schon gar keinen „vernünftigen Grund“; die Zwänge, sicher, sicher, da kann man nichts machen. Was bleibt, ist Sprachlosigkeit. Mit Freunden fluchen, lästern, heulen; mit Kollegen saufend große Reden schwingen und in Bussen schweigend Köpfe schütteln; öffentliches Grau scheint unantastbar.

Die Tristesse hat sich schon längst in den Köpfen breitgemacht. Immer neue Sklaven der Dummheit durch kostenlose Probeabos anfixend bestimmt ein Medienmogul das lokale Denken, das diese Bezeichnung kaum verdient. Korruption, Filz und Hinterlist bilden eine parteienübergreifende Koalition der neuen Mitte, welche darauf hinwirkt, die letzten demokratischen Reste in den Köpfen der Bürger durch Resignation zu ersetzen. Häuser aus Beton, Glas und Pappmaché stellen die zukunftsweisende Bausubstanz, bleiben jedoch

eingerrüstet, zerfallen kaum fertiggestellt, sind planmäßige Dauerbaustellen. - Diese Umstände spielen jedoch keine Rolle, denn Mieter bleiben maximal ein halbes Jahr und das Ambiente eines Billigshops verlangt geradezu nach bröckelnden Betonfassaden. Meine Augen vernarben beim Anblick dieses Unfugs. Das POSITIVE bitte nicht vergessen! Und nicht alles KAPUTTREDEN!! Stimmt, fast vergessen: dem gigantischen öffentlichen Billigangebot steht ein ebenso großes Warensortiment gegenüber, das Politik und Verwaltung an Minderwertigkeit nicht nachsteht. Tonnen von Artikeln für eine Mark aus Plastik und Blech bieten selbst dem kleinsten Geldbeutel einen echten Kaufrausch und garantieren die Arbeitsplätze in der MVA. Willkommen im real existierenden Kapitalismus! Q

gratulation Miss Z.

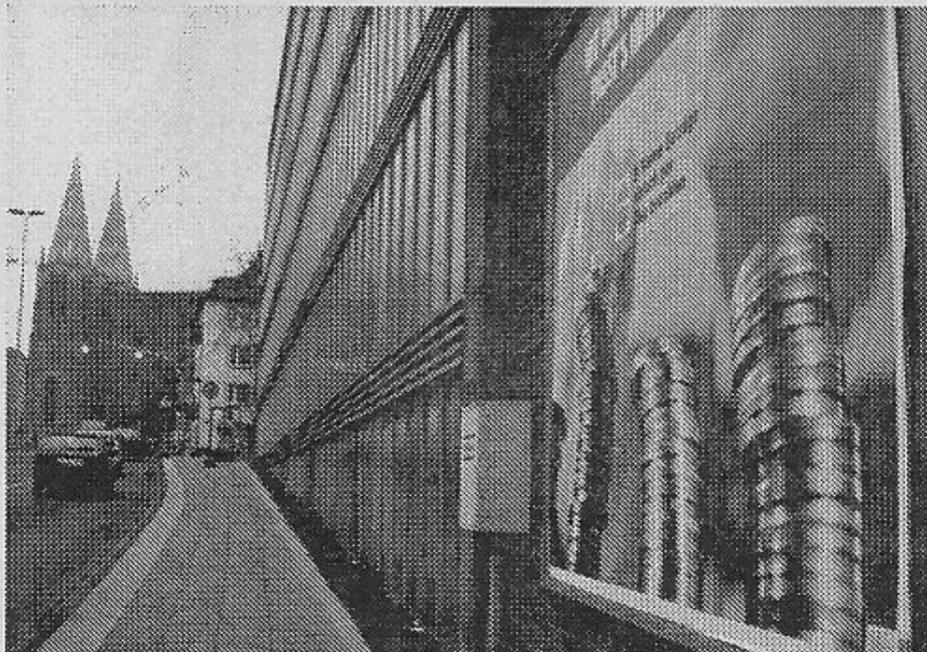
vertrau keinem
mach die Tür zu
setz dich vor den Fernseher
und versuch nicht durchzudrehen
auf den Highways ihrer Freakshows
langsam warten in der Stadt
der Waffenschmiede
auf die 14. Rippe des Schweines
hier liegt die Einsamkeit
wie Tomaten samstagsnachmittags
auf leeren Marktplätzen
hier ist Schilda

Kleinstadtkokser mit Großstadtparanoia
winzeln um Selbstbestätigung
in Solingen
der Stadt die immer schläft
und niemals wacht

Andiarbeit

Kleinanzeige

Kl. Büroraum o. Laden ges., Nähe
Stadtmitte, Kaltmiete bis 400 DM,
Tel. 18614





Zurück in die Zukunft?

Die Sozialprogramme der Solinger Parteien

Das Kommunalwahlprogramm der FDP ist hauptsächlich ein Plädoyer für eine (neo)liberale Wirtschaftspolitik in Solingen (was war auch anderes zu erwarten). Dabei fehlen wichtige gesellschaftspolitische Themen (z.B. Förderung von MigrantInnen, Frauen, behinderten Menschen) bzw. gehen in allgemeinem Geschwafel über die Eigenverantwortung der "Solinger Bürger" für ihre Stadt und der Lobpreisung ihres wirtschaftsliberalen Weltbildes unter.

Die einzige vage Aussage, was z.B. multikulturelles Zusammenleben in Solingen angeht, und die man mit viel guten Willen und Phantasie aus dem FDP-Programm rauslesen kann, ist (Zitat): "Deswegen müssen ... Integrationskonzepte so fortentwickelt oder neukonzipiert werden, daß sie den tatsächlichen Bürgerwillen widerspiegeln."

Übrigens: Wenn man den tatsächlichen "Bürgerwillen" in Solingen mal betrachtet, kann man sich vorstellen, was eventuell dabei rauskommt (z.B. bei der Unterschriftenkampagne der CDU zur doppelten Staatsbürgerschaft, wo Solinger BürgerInnen in Scharen zu den Ständen rannten, um die deutsche Volksgemeinschaft gegen 'Asylschmarotzer' und 'Terroristen' zu verteidigen).

Für die FDP steht laut Wahlprogramm die "Gleichberechtigung aller Solinger" (und wo bleiben die SolingerInnen?), "unabhängig von Geschlecht, Konfession, Generation und Herkunft unumstößlich fest". Leider definiert sie aber nicht näher, wie sie sich die Verwirklichung dieses hehren Grundsatzes vorstellt.

Selbstbeweihräucherung der SPD

Das Programm der SPD unter dem Titel "Aufbruch ins nächste Jahrtausend" hätte ebensogut heißen können: "Was wir in den letzten Jahren alles ganz toll hingekriegt haben." Neben jeder Menge Selbstbeweihräucherung ("erfolgreicher Innenstadtumbau", "sicherste Großstadt Deutschlands", "Schaffung von Kindergartenplätzen") bietet die SPD aber auch (im Gegensatz z.B. zur FDP) konkrete Vorschläge an, z.B. in der Kinder- und Jugendpolitik eine bessere Nutzung der Häuser der Jugend, Förderung des Jugendstadtrates... oder die Förderung von integrativen Klassen, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam lernen, auch in weiterführenden Schulen. Integrationskonzepte für MigrantInnen werden allerdings nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Schulpolitik erwähnt - ansonsten sieht die Solinger SPD anscheinend keinen Handlungsbedarf.

CDU für Zwangsarbeit

Unter dem Kapitel "Beschäftigungsförderung und Soziales" bekennt sich die CDU zu einer "aktiven [??] Beschäftigungsförderung". Arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen müsse geholfen werden. Was versteht die CDU unter "Hilfe", wenn sie gleichzeitig fordert, daß diese Menschen zur Zwangsarbeit verpflichtet werden sollen?

Unter "Kulturangebot" steht an erster Stelle die "Förderung des gemeinschaftlichen Kulturgutes", was immer das heißen mag (Förderung deutscher Schützen- und Schäferhundvereine oder was?)

In der Bildungspolitik fordert die CDU die Wiederbeachtung des "Leistungsprinzips" und der "Grundfertigkeiten"!!! Was sagt uns das? Nichts Neues. Leistung war immer angesagt. Numerus clausus etc. Was eigentlich wieder

Die CDU gibt etwa 100 000 Mark allein für den Oberbürgermeister-Wahlkampf aus. Im Vergleich: Die Grünen haben diesbezüglich lediglich 5000 DM zur Verfügung. Während die Grünen wiederum mit fünfzig Seiten das ausführlichste Wahlprogramm vorlegen, begnügt sich die CDU mit auch inhaltlich äußerst dünnen acht DIN A5-Seiten. Die ÖDP konnte vier Wochen vor der Wahl noch kein Programm vorlegen.

eingeführt werden soll, sind die sogenannten "Kopfnoten" (z.B. für Führung und Schön-schreiben) und eine konservative Wertevorstellung, die emanzipatorischen Gedanken und kreativem Chaos keinen Raum läßt.

BfS gegen die ganz unten

Die BfS (Bürgergemeinschaft für Solingen) entstanden aus einer Abspaltung aus der CDU, gibt sich wie auch die FDP betont bürgernah. Gleich eingangs bekennt sie sich in ihrem Programm zur christlichen Weltanschauung und zu ihrer Heimatstadt, die "wieder eine Stadt werden [soll], auf die man stolz sein kann..." Und mit der Forderung nach dem "konsequenten Einsatz von mehr Ordnungskräften" und einer restriktiveren Drogenpolitik ("gegen die Freigabe von Drogen", "es darf keine Freiräume für Drogenhändler geben", Pflichttherapie für Suchtkranke) ist sie so revolutionär anders als die CDU ja nicht. Und AusländerInnenpolitik? Fehlzanzeige. Auf die Belange von MigrantInnen wird nicht eingegangen, stattdessen kommt der alte Spruch vom "Mißbrauch des Asylrechtes", den es in Solingen nicht geben dürfe.

In der Ausländerpolitik sind die Grünen die einzige Partei, die brauchbare Konzepte anbietet. So wollen sie sich auch weiterhin für erleichterte Einbürgerung und kommunales Wahlrecht einsetzen. Außerdem soll eine Beratungsstelle für Migrationsfragen bzw. eine Härtefallkommission eingerichtet werden.

Für Kinder und Jugendliche sollen mehr wohnortnahe Betreuungsangebote entstehen, die Häuser der Jugend und der Jugendstadtrat sollen weiter erhalten werden.

Auch an der Frauenförderung soll weitergearbeitet werden: so soll die Gleichstellungsstelle wieder besetzt werden, Förder- und Bildungsmaßnahmen insb. für Migrantinnen und Frauen mit Kindern sollen unterstützt werden.

Betreffend der Drogenpolitik der Grünen werden sich die OrdnungshüterInnen der CDU/BfS wahre Horrorszenerien ausmalen, befürworten die Grünen doch ausdrücklich die (kontrollierte) Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige und fordern ein solches Modell auch für Solingen.

Inge Brosewski und Pauline Ehl

Clemens-Galerien: Der Traum vom Magneten

Ganz euphorisch wird das offenbar von Werbeprofis geschriebene SPD-Programm, wenn es um die Clemens-Galerien geht: "Nirgends wird die Aufbruchstimmung deutlicher als am Mühlenplatz, dem Herzstück der Neugestaltung." Die Clemens-Galerien sollen "zum Magneten bis weit ins Umland werden". So viel Zweckoptimismus macht schon beklommen. Der Betreiber des in den Clemens-Galerien geplanten Multiplexkinos hat in der Nachbarstadt Wuppertal längst schon ein (größeres) Multiplex gebaut. Auch die Einkaufstempel wachsen in allen Nachbarstädten in die Höhe, in Wuppertal baut gerade ECE ein neues Einkaufszentrum. In Remscheid, das schon seit Jahren mit dem Allee-Center beglückt ist, fallen die Mieten in der Fußgängerzone und das ST weiß sogar, warum: "Es gibt einfach ein sehr hohes Angebot an Ladenfläche". Dieses wird es nun bald auch in Solingen geben. Der Betreiber der Clemens-Galerien erklärt, der weitaus größte Teil der Mietverträge für Geschäfte in den Clemens-Galerien würde mit auswärtigen Filialisten abgeschlossen und Solinger Einzelhändler zeigten kaum Interesse. Das bedeutet doch wohl, wenn der Laden wirklich laufen sollte, wird das Geld der Solinger eben bei weiteren Filialisten statt beim traditionellen Solinger Einzelhandel ausgegeben. Davon abzulenken braucht es wirklich Marketing-Spezialisten.

Krabat

Neue Straßen braucht die Stadt

Die Verkehrsprogramme der Solinger Parteien

Die ganz große Koalition der Schnellstraßenbauer gibt sich in den meisten Kommunalwahlprogrammen die Ehre. Daß dann kein Geld und kaum ein Gedanke mehr für die Verbesserung von Bus-, Bahn- und Radverkehr übrig bleibt, verwundert nicht.

So meint die **CDU**, das ÖPNV Angebot der Stadtwerke müsse "stärker an den Kriterien der Wirtschaftlichkeit ausgerichtet werden" – gemeint ist damit wohl Angebotsabbau auf den Nebenstrecken und in den Abendstunden. So ist die **CDU** in den vergangenen Jahren vehemente Verfechterin der Senkung der Kosten des Verkehrsbetriebs von derzeitig 23 Mio. im Jahr auf 20 Mio. jährlich gewesen.

Die Yuppiesierung der **CDU** ist vorangeschritten und trotz ihres z.T. jugendlichen Alters fahren diese wohl lieber schnelle Autos als Fahrräder: "Grundsätzlich hat die Substanzerhaltung der Straßen Vorrang vor dem weiteren Ausbau von Tempo-30-Zonen und Radwegen."

Bei den Schnellstraßenneubauten ist die **CDU** dann natürlich nicht mehr so sparsam. Nachdem sie in den Ausschüssen aus salami-taktischen Gründen zeitweilig auf einzelne völlig unfinanzierbare Teilstücke verzichtet hatte, fordert sie jetzt wieder wie auch die **FDP** den Komplettbau der Viehbachtalstr. von der A3/A542 in Langenfeld bis zur L74 in Kohlfurt sowie den Bau der Westtangente Innenstadt.

Der Einfachheit und Ehrlichkeit halber äußert die **FDP** sich gar nicht erst zu solchem Schnickschnack wie Bussen, Radwegen und Verkehrsberuhigung.

Die **BfS** steht diesen Straßenbauträumen natürlich nicht nach und legt beim Thema Radverkehr noch drauf: Sie lehnt "Radwege, die von niemanden genutzt werden, auf Hauptverkehrsstraßen" ab. Da spielt es eben keine Rolle mehr, daß Radfahrer gegenüber Autofahrern "der schwächere Verkehrsteilnehmer" sind, wie die **BfS** richtig erkennt. Der Schwächere muß eben dem Stärkeren wie im richtigen Leben so auch auf den wenigen Solinger Radwegen weichen.

Unter dem Motto "Außen schnell, innen gemütlich" schwärmt die **SPD** von schnellen Wegen in die City und fordert die "Westentla-

stung", die "langfristig den Durchgangsverkehr völlig aus dem Stadtkern herauszieht". Ein solches Wunderding kann es nach Aussage aller dazu erstellten Verkehrsgutachten natürlich nicht geben. Gemeint ist damit die ca. 100 Mio. teure Westtangente und die ca. 45 Mio. teure Viehbachtalstr. zwischen Frankfurter Damm und Schlagbaumer Str. Immerhin schreibt die **SPD** in ihrem Programm folgenden nachdenkenswerten Satz: "Frühere Pläne, die heute glücklicherweise niemand mehr verfolgt, hätten aus unserer von grünen Erholungsräumen geprägten Stadt eine Abkür-

Feld, Scheuren und Haan-Ost wesentlich verbessert, wichtige Linienergänzungen wie die Weiterführung der Strecke Aufderhöhe-Höhscheid über Unnersberg nach Krahenhöhe und zur Innenstadt umgesetzt sowie der Bahnhof Vohwinkel endlich ans Solinger Busnetz angeschlossen werden."

Die Umsetzung der Forderung nach Radwegen "an allen Hauptverkehrsstraßen" soll helfen, daß der Untertitel "Radfahren in Solingen darf nicht länger eine Mutprobe bleiben!" mehr als eine Hoffnung ist.

Weitere Schnellstraßenbauten in Solingen werden abgelehnt:

"-Kein Bau der Westtangente Solingen, für die ca. 120 Wohnungen abgerissen, wichtige Flächen des Biotopverbundsystems zerstört und ein dichtbebautes Stadtviertel zerschnitten werden soll. (...) -Kein Weiterbau der Viehbachtalstraße: Im Norden würde das obere Lochbachtal mit dem Quellgebiet zerstört werden. Dies ist der einzige durchgehende Grünzug, der die Stadt mit Ohligs verbindet. Das Solinger Klinikum und die umgebende dichte Wohnbebauung würde stark beeinträchtigt. (...) Im Süden würde das Naherholungsgebiet entlang des Hackhauser Waldes und des Börkhauser Bachtals zwischen Mühlenstraße und Landwehr zerstört werden. -Kein Bau der B 229n zwischen Landwehr und Langenfeld: Hier würde das wichtige Naherholungsgebiet bei der Rupelrather Kapelle und den Leichlinger Sandbergen zerstört werden."

So bleibt es den Grünen vorbehalten, als einzige von den Opfern der Straßenbauträume der anderen Parteien zu sprechen. Ob's helfen wird, bleibt angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat und einer immer straßenneubaufreundlicheren Haltung der Landes-**SPD** allerdings fraglich. Es wird interessant sein, zu beobachten, wieweit die Standfestigkeit der Grünen im Landtag reicht. Aber hoffen ist ja noch nicht verboten.

Krabat



Häuser an der Turmstraße die für die Westtangente abgerissen werden sollen

zungsstrecke für den Schwerlastverkehr gemacht". Schaut man jedoch auf die Programme von **CDU** und **FDP** (s.o.) so erweist sich, daß sehr wohl jemand immer noch die durchgehende Autobahn für den Durchgangsverkehr plant und daß die **SPD** dieser Salami-taktik in einzelnen Teilstücken immer weiter nachgibt. Während die **SPD** beim Bahnverkehr die beiden geplanten Bahnhofteppunkte Grünwald und Mitte lobend für die Erreichbarkeit der City erwähnt werden und die Umgestaltung der Innenstadt als Vorteil auch für BusbenutzerInnen angesehen wird, ist eine grundsätzliche Attraktivierung des Busnetzes und des Radverkehrs kein Thema.

Ein ausführlicheres Verkehrsprogramm haben die **Grünen** vorgelegt. Sie wollen für den Busverkehr u.a. ein "Nachtbuskonzept", das auch der Jugendstadtrat seit langem fordert. Weiterhin soll "die Anbindung der Gewerbegebiete Dycker



Garten

Thomas Wendt
Odentaler Weg 225
42659 Solingen

Pflege und Gestaltung

Telefon
81 73 73



Was sonst noch in Solingen geschah

Ein subjektiver Rückblick auf die vergangenen drei Monate

Im dritten Krieg, den Deutschland in die Isem Jahrhundert geführt hat, konnte der erste Sieg verbucht werden. Dies ist natürlich wahrlich kein Grund zu jubeln, wie an anderer Stelle dieser Ausgabe nachzulesen ist. Der erste militärische Einsatz nach dem II. Weltkrieg war wohl bei einem großen Teil der Bevölkerung laut Meinungsumfragen umstritten. In Aktionen wurde dieses Mißbilligen aber nicht umgesetzt. Auch die wöchentlichen Kundgebungen in Solingen am Alten Markt waren eher schwach besucht. Nur **30-200 Solinger demonstrierten jeden Samstag** in Kriegszeiten gegen den Kosovo Krieg.

Dass das Unbehagen gegenüber dem Krieg von einer großen Gleichgültigkeit überlagert wurde, zeigten auch die **Wahlen zum Europaparlament**. Die Stimmenverluste der amtierenden Regierung lassen sich nur zum geringen Teil auf die Kriegspolitik zurückführen, da die CDU, die den Kosovo-Einsatz ja ebenfalls befürwortete, die Gewinnerin der Wahl war. Bei einem Blick auf das Wahlergebnis, das die *tacheles* als einzige Solinger Zeitung vollständig veröffentlicht, fällt auf, dass die vier Kriegsparteien mal wieder die vier stärksten Gruppierungen stellten. Republikaner und NPD, die von der ethnischen Säuberungspolitik Milosovic so angetan waren, dass sie ihr teutsch sein vergaßen und sich im Krieg auf die Seite Serbiens stellten, erhielten 692 Stim-

men. Ganze 86 Stimmen mehr erhielt die PDS, die als einzige Partei für keine der nationalistischen Kräfte im Kosovo in den Krieg ziehen wollte. Zu diesen 778 Friedensfreunden in Solingen gesellen sich sicherlich noch ein paar Handvoll der Nichtwähler hinzu.

Wahrscheinlich werden einige ehemalige Wähler der Grünen, diese Wahl boykottiert haben, um so ihren Außenminister im Kriege die Loyalität zu kündigen. Auch innerhalb der Mitgliedschaft der Grünen in Solingen gab es ein großes Unbehagen gegenüber der bestimmenden Parteipolitik. Zehn **Mitglieder erklärten** in einer Pressemitteilung, dass sie die **Grünen bei der Europawahl nicht unterstützen wollten**, da sie sich weigern, "eine grüne Politik zu unterstützen, welche den Krieg als Mittel der Politik wieder 'hoffähig' werden läßt und fordern die Rückkehr zu einer grünen Friedenspolitik."

Soweit zur Europawahl, denn die nächste Wahl steht schon vor der Tür. Der Oberbürgermeister, der Stadtrat und die Bezirksvertretungen sollen im September neu bestimmt werden. Überall in der Stadt flehen uns Plakate an, dass mehr Franz ins Rathaus soll. Wen sollen wir wählen? Franz Uibel, Franz Löhrmann, Franz Haug, Franz Beckenbauer oder besser gleich F(r)anz? Franz Schwarz wählen, oder schwarz wählen? Der Mumms-Franz ist wohl bekannter als der OB-Kandidat der Schwarzen, aber Franz Schwarz ("Ich Schwarz, ich weiß!") ist eigentlich blau-gelb. Ich jedenfalls werde Franz I. Skaner wählen, das ist wenigstens keine trübe Tasse, sondern Hefe trüb. Dann mal Prost.

Zu viel Lärm verursachen nach Ansicht von Anwohnern der Katternberger- und der Dorperstrasse **Skater**. Während am Katternberg, die Bewohner sich über schon aktive Skater ärgerten, verhinderten die Anwohner der Dorperstrasse, dass eine Skateranlage in Betrieb genommen werden konnte, bevor eine Lärmschutzwand installiert wurde.

Des Spießers Seele konnten sich auch noch über einen weiteren Vorfall ereifern. Das **Klingenbad**, welches seit Oktober 98 geschlossen ist, da anfallende **Sanierungsarbeiten**, wegen der zu erwarteten hohen Kosten nicht durchgeführt wurde, beschäftigte die Gemüter in Solingen. Nach einem erneuten Gutachten sollte die Instandsetzung wesentlich billiger sein. Man konnte sich so herrlich über die

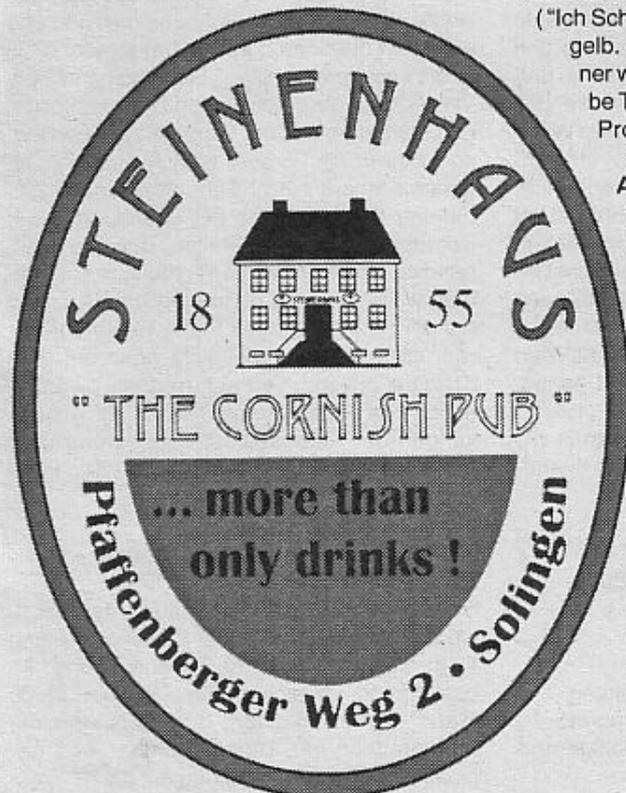
Wahlberechtigte	116001	
Abgegebene Stimmen	48457	
Gültige Stimmen	48075	
SPD	17.479	36,36
CDU	22.723	47,27
GRÜNE	3.063	6,37
FDP	2.167	4,51
REP	561	1,17
GRAUE	209	0,43
PDS	778	1,62
APD	132	0,27
ödp	117	0,24
NPD	131	0,27
CM	37	0,08
Naturgesetz	33	0,07
PBC	99	0,21
PASS	40	0,08
BüSo	16	0,03
ASP	52	0,11
Zentrum	35	0,07
Die Frauen	113	0,24
HP	17	0,04
Die Tierschutzp.	273	0,57

Unfähigkeit der Verwaltung sprich der Beamten aufregen. Das Tageblatt sah Verhältnisse wie in Schilda. Tage später stellte sich aber heraus, daß die Kosten doch wesentlich höher liegen würden.

Ein weiteres Thema war die **Diskussion um einen möglichen Golfplatz in Aufderhöhe**. Egal ob man nun für einen solchen ist, sicher kann man sich seien, daß dieser erst gebaut werden wird, wenn alle Nachbarstädte schon einen haben (siehe Multiplex). Und wenn dann schon ein Golfplatz da ist, kann einer nicht reichen, dann gibt es sicherlich auch bald einen in Burg und Gräfrath. Denn warum sollte es in diesen Fall anders laufen wie bei Baumärkten (neuer OB am Mangenberg), Media Märkte (Saturn im Kaufhof und ein Media Markt in der Clemens Galerie), Schuhgeschäften und Billigläden. Immerhin hätte die Stadt dann neben diesen vier Schwerpunkten einen fünften hinzugewonnen.

Für Unwillen sorgte die **Anschaffung des ersten städtischen Radarwagens**. Stefan M: Kob sah hier reine Abzockerei, schließlich sei Solingen keine Raserhochburg. Tage später wurde ein Fahrer mit 117 km/h wo 50 km/h erlaubt sind, gemessen. Außerdem sollte Herr Kob auch auf die Verkehrsteilnehmer aus den Reihen der hiesigen Polizei achten. Auf regenglatte Fahrbahn geriet auf der Zweibrückerstrasse ein Polizeiauto ins Schleudern und prallte gegen ein parkendes Fahrzeug. Ein Polizeisprecher dazu, "der Kollege hat einfach nicht aufgepaßt, war für die Wetterverhältnisse wohl zu schnell."

Leal



Vom Seelenverkäufer zum Luxusliner?

Das Neue Steuerungsmodell in der Stadtverwaltung - ein Erfahrungsbericht

1. Motivation mit neuen Zielen

Der Kurs ist schwankend, der Mast steht schief - so frei nach Herbert Grönemeyer kann die Situation vieler Gemeinden im gesamten Bundesgebiet beschrieben werden, nachdem die fetten Jahre angeblich vorbei sind, und die gesamte öffentliche Dienstleistungsbranche nach Dekaden des Schlendrians an den Rand

Neues Steuerungsmodell (NSM) - so heißt die Maßnahme, mit der die Verwaltung der Stadt Solingen umorganisiert werden soll, damit sie mit ihren Dienstleistungen „marktfähig werden soll“ und der Bürger endlich erkennen kann, was er für seine Abgaben erhält. Kostentransparenz soll endlich Einzug halten, für möglichst geringere Kommunalabgaben soll der Kunde (der Bürger) die glei-

2. Die Platzhirsche

Festzustellen ist jedoch, daß diese hehren Ziele an verflachten, aber immer noch „top-down“-orientierten Hierarchien scheitern. So werden zwar zwischengeschaltete Stufen und Ebenen abgebaut, aber die in der Leitungsebene befindlichen Personen denken nach alten Regeln, so stehen die Untergebenen (Sachbearbeiter) immer noch in Abhängigkeit zu ihrem direkten Vorgesetzten.

Angezeigt wäre ein gründliches Umdenken der Führungspersönlichkeiten. Was nützt es, wenn der jeweils Dienstvorgesetzte das NSM nur nutzt, um in frühkapitalistischer Unternehmermanier seine Mitarbeiter zu demotivieren, weil er das Mitarbeiten im Team oder die Fähigkeit zur Selbstkritik nicht erlernt hat. Da in den archaischen Organisationsstrukturen vieler Großunternehmen, erst recht der Kommunalverwaltungen, noch das Prinzip „nach oben buckeln, nach unten treten“ vorherrscht, besteht hier dringender Handlungsbedarf. Verlangen die vorgenannten Ziele des „Konzerns Stadt“ vom Führungspersonal nicht etwa eine ausgeprägte Objektivität, unabhängig von Sympathie oder Antipathie zum jeweiligen Mitarbeiter und eine klare Ausgrenzung der eigenen Interessen in der Vorteilserlangung, ohne jedoch die kritische Distanz zum Mitarbeiter zu verlieren?

Was nützt es, wenn sich Mitarbeiter auf Sach- oder Gruppenleitersebene motiviert und engagiert über das normale Tagesgeschäft in ihrem Fachbereich hinaus Gedanken machen, Verbesserungsvorschläge und Problemlösungen erarbeiten und der Vorgesetzte diese Ideen lediglich als Lorbeer zum Ausbau der eigenen Karriere nutzt? Sehr oft war nach Einführung des NSM und der Gründung neuer Betriebsformen festzustellen, daß die „Leitengeste“ zwar gerne die Richtung mitbestimmen wollten, häufig genug jedoch nur scharf auf ein eigenes, großes Fuder Heu mehr waren. Dieses wurde vielleicht noch mit dem Kreis der engsten Vertrauten geteilt, die Interessen des Gesamtkonzerns und die Auswirkungen der Personalkostensteigerung über das eigene Budget hinaus jedoch völlig ignoriert!

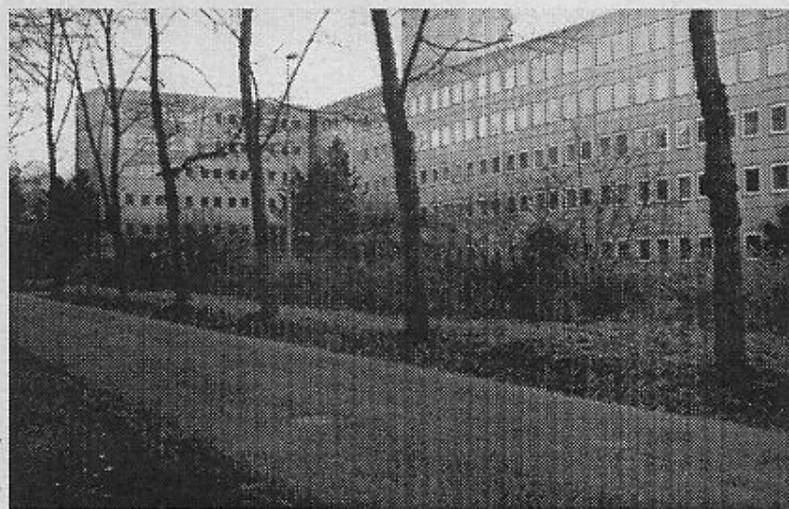


Foto: Thomas L.

Das neue
"Rathaus"
im
idyllischen
Ohligs

des Konkurses geraten ist. Selbstverständlich können Städte nicht „pleite gehen“ und mit dem Federstrich des Konkursverwalters liquidiert oder verkauft werden, obwohl das Gebaren in den Führungsetagen der Kommunen oftmals nicht viel Gutes ahnen läßt.

Der schwerfällige Tanker „Stadt Solingen“ muß bürgerfreundlicher werden, kundenorientiert handeln, „lean management“ „Kontraktmanagement“ „Projekte des Konzerns Stadt“ - diese und viele andere Begriffe geistern seit ca. 5 Jahren über die Flure vieler Dienststellen in dieser Stadt. Der Staat muß schlanker werden, sagt auch der neue Bundeskanzler (und der muß es ja schließlich wissen), zum attraktiven Standort Deutschland soll auch eine wendige und abgespeckte Bürokratie gehören, die mit einigen Jahren Verspätung endlich die Ratschläge derer, die es ja schon immer besser gewußt haben wollen, umsetzt. Da stehen natürlich in vorderster Front die Betriebswirte mit ihren auf völlig veralteten Theorien gegründeten Organisationsmodellen, Vertreter der Wirtschaft (jeder Inhaber der noch so mickrigsten Klitsche kann, so er denn Mitglied eines politischen Gremiums ist, mehr oder weniger erfolgreich am Umbau der Verwaltung mitbasteln - er ist ja quasi Experte aus Erfahrung) und natürlich, last but not least, Politiker aller Ratsfraktionen.

chen, wenn nicht gar bessere Leistungen erhalten, und das mit möglichst wenig Personal. Da sind sich alle Parteien einig - lenkt das Einrügeln auf die Stadtverwaltung und ihre Mitarbeiter doch ab von der Tatsache, daß die gleichen Politiker, die zum Zwecke des Machterhalts oder deren Erringung dem Wahlvolk in der Vergangenheit großzügig im Rahmen der Daseinsvorsorge die umfangreichsten Geschenke versprochen (dies beginnt bei voll erschlossenen Gewerbe- und Bauflächen zu Dumpingpreisen und hört mit möglichst einem Frei- u. Hallenbad in jedem Stadtteil noch lange nicht auf) nun nahezu über Nacht zu Gralshütern der reinen, marktwirtschaftlichen Lehre konvertiert sein wollen. Grund genug, ein wenig genauer hinzuschauen.

Eine der Grundfesten des NSM stellt die „neue Mitarbeiterorientierung“ dar. Sie thematisiert:

- eine höhere Eigenverantwortung
- Anerkennung der eigenen Leistung
- Leistungsanreize
- Förderung der Kreativität und des Teamgeistes
- mehr Mitsprache und Mitgestaltung
- neues Selbstbewußtsein („Corporate Identity“) durch eine leistungsfähige und anerkannte Verwaltung

3. Die Gemeinde als Unternehmen - der Betriebswirt ersetzt den Juristen

Sowohl in Aus- und Fortbildung der Nachwuchskräfte als auch in der Stellenbewertung fließt die „wirtschaftliche Verantwortung“ (in bestimmten Bereichen, die sich dem „freien Markt“ stellen müssen, durchaus sinnvoll) raumgreifend ein. Demgegenüber wird der juristische, durch Verfassung auf die Kommunen übertragene Bereich (Ordnungs-, Bauver-



waltung u.v.a.m.) nahezu abgewertet und vernachlässigt, es muß sich alles „rechnen“. Schon erheben sich warnende Stimmen, die einen Verfall der juristischen Qualität kommunaler Arbeit sowohl im satzungsrechtlichen (Ortsrecht) als auch im Bereich der Pflichtaufgaben (z.B. in der Ordnungs- u. Sozialverwaltung) befürchten. Wenn beispielhaft die ersten form-, was noch schwerer wiegt, inhaltlich fehlerhaften Baugenehmigungen einer Gemeinde nicht mehr rechtskräftig werden können, droht schwerer wirtschaftlicher Schaden. Das Standardargument wohlgefälliger und eitler Betriebswirte lautet stets: „dann wird die Rechtsberatung eben eingekauft, genügend Anwälte sind vorhanden“. Dem ist entgegenzuhalten, daß ein gutausgebildeter und motivierter Sachbearbeiter eine fehlerhafte Baugenehmigung überhaupt nicht erst erteilt hätte, u.a. arbeitet dieser bei korrekter Besoldung/Vergütung sicherlich immer noch weit unter dem Stundensatz der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (BRAGO), er ist einfach kostengünstiger, nicht nur, weil der Schaden erst gar nicht entstanden wäre.

Nestkacker

In der nächsten tacheles erscheint der zweite Teil des Erfahrungsberichtes zum neuen Steuerungsmodell. **Inhalt:** Privatisierung - mehr Leistung für den Bürger für weniger Geld? Schulden - der Weg des Geldes, kleiner Exkurs! Ausblick

Moderne Konzernführung à la Uibel & Co

Nachdem die Stadtverwaltung in den letzten Jahren zum Konzern mutiert ist, fängt nun, wie zu hören ist, die Optimierungsphase an. Was man hierunter zu verstehen hat, sieht nun so aus: Zunächst werden die Beamtenstellen umbewertet, das heißt im gehobenen sowie vor allem im höheren Dienst, in dem auch schon vorher die am besten bezahlten Beamten saßen, kam es zu einer „explosionsartigen“ Anhebung der Besoldung. Frühere Abteilungsleiter werden nun wie Amtsleiter bezahlt, da sie ja sooo viel mehr Verantwortung tragen müssen. Im mittleren Dienst, wo der normale Sachbearbeiter (z.B. in der KFZ-Zulassungsstelle) arbeitet, wurden hingegen auch Abwertungen der Stellen als nötig angesehen. Nach Einsprüchen gegen diese Einstufungen wurden zusätzliche 30 Stellen höherbewertet. CDU-Stadtkämmerer Schneider stellte fest, dass die Umbewertung ca. 1 Million DM jähr-

lich an Mehrkosten verursache. Dies ist bei einem Konzern, der wirtschaftlich so gut dasteht wie die Stadt, natürlich ein Klacks. Der bündnisgrünen Ressortleiterin Krings fällt dann doch noch ein, dass Optimierung vielleicht was mit Kostensenkung zu tun hat. Sie stellt daher fest, dass die städtischen Reinigungsfrauen unbedingt günstiger arbeiten müssten, sonst käme nur noch eine Vergabe der Reinigung an Privatunternehmen in Frage und die eigenen Reinigungskräfte müssten entlassen werden. Irgendwie müssen die 1 Mio. DM Mehrkosten ja wieder eingespart werden. Vielleicht sollte aber auch der SPD-Oberbürgermeister Uibel die Kommission, die die Beamtenstellen bewertet, nicht nur mit Männern (neben einigen wenigen Frauen) des gehobenen/höheren Dienstes besetzen, die meist zufällig selber von der Höhergruppierung profitierten. **XY**

SOS-Rassismus will CDU löchern

Wo bleiben angekündigte Vorschläge zur Integration?

Auf Initiative von SOS-Rassismus kurasiert derzeit ein Offener Brief an die Solinger CDU zu Händen Herrn Westkämper. Die UnterzeichnerInnen fragen, „wie sich die CDU konkret integrative Maßnahmen vorstellt und vor allem, wie sie Integration definiert.“

Während der vergangenen Diskussionen bezüglich einer Erneuerung des überalterten Staatsbürgerschaftsrechts betonte die CDU, insbesondere im Rahmen ihrer Unterschriftenaktion, immer wieder die Notwendigkeit einer Integration der hier leben-

den MigrantInnen. Vollmundig kündigte sie umfangliche Vorschläge und Initiativen diesbezüglich an. Bis zum heutigen Tag jedoch wartet die Öffentlichkeit vergeblich auf die Umsetzung dieser Ankündigungen. Eine entsprechende Erklärung über konkrete Vorstellungen der CDU blieb auch der Pressesprecher der CDU, Herr Schwenke, auf einer Podiumsdiskussion am 28. Mai in der Fuhr, zum Thema Doppelte Staatsbürgerschaft, schuldig.

„In der Hoffnung auf einen konstruktiven Dialog“ boten die UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes dem CDU-Vorsitzenden jetzt Gespräche an. Man darf gespannt darauf sein, ob dann konkrete Vorstellungen genannt werden, oder ob sich die CDU-Unterschriftenaktion endgültig als rassistischer Populismus entlarvt.

Frank Knoche

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Gestalttherapie, Psychodrama,
Sozialtherapie, Ausbildung, Supervision

Psychodrama

in Selbsterfahrungsgruppen

dienstags abends 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

in Ausbildung

Unterstufe: Beginn Oktober 1999 in Solingen

Oberstufe: Beginn April 1999 in Zürich

in Supervision

Einzeltermine

offene Gruppensupervision für Fachleute

Freitag bis Samstag

Anfragen

unter Telefon und Fax

02 12 / 27 34 78

eMail

friedel.geisler@t-online.de

Internet

http://home.t-online.de/

home/friedel.geisler/index.htm

Friedel Geisler, DAGG, DGSv, DFP

Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn-Straße 3, Tel.: 273635



Öffnungszeiten:

Montag 15-18 Uhr

Dienstag 10.30 - 15 Uhr

Mittwoch bis Freitag 10.30 - 18 Uhr

Samstag 11-15 Uhr

Außerhalb der
Öffnungszeiten kann
das Café für
Veranstaltungen und Feste
gemietet werden.

Der gute Krieg? – ein Bericht

Nach dem Ende der Nato-Bombardierung steht das Kosovo vor einer ungewissen Zukunft

Seit fast 2 Monaten ist sie nun vorbei, die Bombardierung Jugoslawiens durch die Nato. Wieviele Tote und Verletzte der Konflikt gekostet hat, ist nach wie vor unklar. Die Schätzungen bewegen sich im Bereich von einigen zehntausend. Und während sich die westliche Welt beruhigt nach ihrem "scheinbaren" Sieg zurücklehnt, steigt die Zahl der Opfer immer noch weiter. Nachdem die eine Million vertriebenen KosovarlInnen langsam wieder in ihre Heimat zurückkehren, werden nun Serben und Roma systematisch verfolgt.

Geschahen diese Verreibungen und Morde bisher weitgehend unbeobachtet von der westlichen Öffentlichkeit, sind nach dem

"Man kann nicht Frauen und Kinder in Belgrad töten, in der theoretischen Hoffnung, damit das Leben von Frauen und Kindern in Pristina zu retten"

Michael Mandel, Kanadischer Professor

Massaker an 14 Serben in Gracko die Medien erstmals aufgewacht. Selbst der Oberkommandierende der KFOR-Truppen Michael Jackson (kein Witz!) vergleicht inzwischen die Morde im Kosovo mit den serbischen Kriegsverbrechen an den Albanern. Nach Angaben der Nato werden pro Woche etwa 30 Menschen im Kosovo getötet. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights spricht davon, daß 165.000 SerblInnen und Roma aus dem Kosovo vertrieben wurden.

Obwohl die Nato nun offiziell die Sicherheit im Kosovo gewährleistet, kann – oder will? – sie dies nicht für die SerblInnen und Roma tun. So haben Französische Soldaten in Mitrovica der Vertreibung von 7.000 Roma und der

Brandschatzung ihres gesamten Viertels, das nur wenige hundert Meter vom lokalen KFOR-Hauptquartier entfernt liegt, tatenlos zugesehen. Und von den 3.135 vorgesehenen internationalen Polizisten, die im Kosovo für Sicherheit und die Ausbildung einer ethnisch gemischten Polizei sorgen sollten, sind erst knapp 200 eingetroffen.

Auch wenn die Nato ihr erklärtes Ziel die Verreibungen und Massaker zu verhindern, eindeutig verfehlt hat, konnte sie es immerhin ermöglichen, daß 1 1/2 Monate nach Bom-

bardierungsende 80 Prozent der Kosovo-Albaner wieder in ihre, allerdings zerstörte und teilweise verseuchte Heimat zurückkehren

konnten. In Bosnien sind vier Jahre nach Dayton so gut wie keine Vertriebenen in ihre Heimat zurückgekehrt.

Ob das Kosovo noch besonders lebenswert ist, muß allerdings bezweifelt werden, denn nach und nach kommt auch das tatsächliche Ausmaß der Bombardierungen zum Vorschein. Die in weiten Teilen der Öffentlichkeit vorherrschende Meinung, der mit viel technischer Logistik und den neuesten Waffentypen geführte Krieg, sei doch ein "sauberes", ohne nennenswerte Verluste durchgeführtes Unternehmen gewesen, ist nur aus der eingeschränkten Sichtweise der westlichen Nato-Staaten richtig. Für die Flüchtlinge ist die Rückkehr in ihre Heimat dagegen mit den ver-

schiedensten Gefahren verbunden. Einerseits haben serbische Militärs und Paramilitärs, aber auch die UCK Hunderttausende Minen im Kosovo zurückgelassen. Andererseits haben sich jedoch auch die "Befreier" von der Nato nicht kleinlich gezeigt. Geschätzt wird, daß etwa 11.000 nicht explodierte Splitterbomben der Nato über ganz Jugoslawien verteilt sind. Daß dies keineswegs ein "Versehen" ist, wurde in Monitor vom 1.7.99 deutlich, als ein Bundeswehr-Sprecher erklärte, daß absichtlich eine bestimmte Anzahl von Blindgängern in Kauf genommen wird, um "den Feind auch hinter den Fronten zu beschäftigen". Wen stört's da schon, daß seit Bombardierungsende ca. 60 KosovarlInnen durch eben diese Blindgänger ihr Leben verloren. Im neudeutschen Sprachgebrauch nennt man dies wohl Kollateralschäden. Medienwirksam sind diese Toten allemal nicht, werden diese Kriegsoffer doch kaum in der Öffentlichkeit bekannt. Interessanter und in allen Nachrichtensendungen vertreten sind da schon die "Verluste" der eigenen kämpfenden Truppe - siehe den Tod von zwei britischen KFOR-Soldaten bei der Entsorgung des eigenen Bombenmaterials. Diese ist besonders gefährlich, da Splitterbomben (etwa so groß wie eine Cola-Dose) einen gravierenden Nachteil haben: Sie können nicht entschärft werden, weshalb sie von der UNO als besonders grausam eingestuft werden.

190 Bomben in der Adria

Aber auch anderswo hat die Nato Andenken hinterlassen. In der Adria schlummern inzwischen etwa 190 Bomben, die die Nato dort abwerfen musste, da sie über Jugoslawien irgendwie klemmten und sonst vielleicht bei der Landung explodiert wären (eine Ladung wurde sogar über dem Gardasee abgeworfen). Wen interessiert's da schon großartig, wenn mal vier italienische Fischer durch unerwünschten, explodierenden "Beifang" verletzt werden – alles Kollateralschäden?

Auch die Folgen, die die Umwelt davontragen wird, können nur schwer abgeschätzt werden. So kann über die Anzahl der eingesetzten Uran-Granaten nur spekuliert werden. Die Nato hält sich bedeckt, sicher ist nur das sie verwendet wurden.

Saurer Regen in Rumänien, Dioxin in Griechenland, Ölteppiche und Schwermetalle in der Donau – vom Bombenhagel der Nato ist nicht nur Jugoslawien betroffen gewesen. In Bulgarien, wo 100 Kilometer von der Grenze entfernt das Pannan-AKW Kozloduy steht, schlugen sechs verirrte Geschosse der Nato und eines der Serben ein. In Nordgriechenland wurden erhöhte Dioxinwerte gemessen.





Der Gehalt an Schwermetallen wie Blei und Cadmium in der Donau hat sich bereits verdoppelt. Wie rücksichtslos die Bombardierungen waren, zeigen die Auswirkungen für die Stadt Pancevo bei Belgrad. Die Nato zerstörte hier eine Raffinerie, ein Chemiewerk und eine Kunstdüngerfabrik. Dabei wurden zehntausende Tonnen hochgiftiger Substanzen freigesetzt. Seitdem sickern gelbe Flüssigkeiten aus Leitungen und ein stechender Geruch liegt in der Luft. Mindestens 25.000 Tonnen Benzin sind abgebrannt und haben die Umgebung mit einem schwarzen Teerfilm bedeckt. Aus der Petrochemischen Fabrik gelangten über 1400 Tonnen krebserregendes Vinylchlorid in die Umwelt, teilweise gelangte das 8600fache des höchsten zulässigen Grenzwertes in einer Nacht nach draußen. Über hundert Tonnen Quecksilber, etwa dieselbe Menge Natronlauge und andere Chemikalien wie Salpetersäure gelangten in die Donau. Schon während der Angriffe gab es 100 Vergiftungsfälle, die vollen Ausmaß wird man aber erst in den nächsten Jahren zu Gesicht bekommen.

War Krieg ein Erfolg?

Nach 79 Tagen Bombardierung ist Jugoslawien ein zerstörtes Land. Die zivile Infrastruktur ist größtenteils vernichtet worden. Wieviel militärische Ziele wirklich getroffen wurden, soll nun ein Nato-Expertenteam mit dem schönen Namen "Team zur Ab-

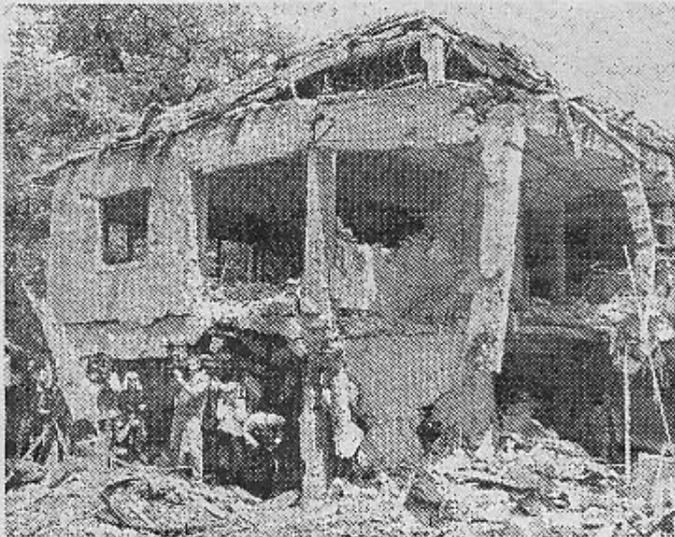
schätzung der Wirksamkeit von Waffen" klären. Während die Nato stolz davon spricht, daß bei den über 35.000 Einsätzen etwa 800 militärische Gerätschaften und bis zu 6.000 Soldaten zerstört wurden, spricht die Belgrader Führung nur von ca. 50 Stück verlorengangener militärischer Ausrüstung. Tatsächlich sind Wracks von zerstörten Panzern nur schwer zu finden, dafür umso zahlreicher zerstörte Attrappen.

"Etwa die Hälfte der 30.000 Luftangriffe hatten primär zivile Ziele"

Götz Neuneck, Institut für Friedensforschung Uni Hamburg

Zur Bilanz des Krieges gehört außerdem die Zerstörung zahlreicher ziviler Einrichtungen im Kosovo: Eisenbahn-Verbindungen sind unterbrochen, Versorgungseinrichtungen demoliert, Brücken zerstört. Diverse Krankenhäuser, Botenschaften, Kirchen, Museen, Klöster, Flüchtlingstrecks, Personenzüge und Wohnsiedlungen wurden getroffen.

Ernie



Belgrader Krankenhaus nach NATO-Bombenangriff

Veranstaltung zur neuen NATO-Strategie mit Andreas Buro

Im aktiven Protest gegen den Kosovo-Krieg haben sich der Solinger Appell, Leute aus dem alten Solinger Friedensforum und ganz neue kritische Menschen zusammen gefunden. Nach dem vorläufigen Ende des NATO-Luftkrieges beschloß dieser Kreis, weiter zusammen zu arbeiten und sich alle 14 Tage (Donnerstag), im Café Courage auf der Kleemens-Horn-Straße, zu treffen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein neuer Name für diese Initiative gefunden: Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus!

Nächste Aktivität der Gruppe wird die Vorbereitung einer Veranstaltung mit Prof. Dr. Andreas Buro, dem friedenspolitischen Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, sein. Thema: Die neue NATO-Strategie. Buro, der ehemalige Professor für In-

ternationale Politik an der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt/Main gilt als einer der kompetentesten Kenner der NATO und hat anlässlich des fünfzigsten Geburtstag des transatlantischen Militärbündnisses zusammen mit Clemens Ronnefeld vom Versöhnungsbund einen vielbeachteten Artikel ("Die weiße Rasse unter Waffen") geschrieben.

Buro, Jahrgang 1928, ist Mitbegründer der Ostermarschbewegung, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Er ist Vorstandsmitglied der Sektion Helsinki Citizens Assembly und Koordinator des Dialogkreises Krieg in der Türkei, Autor vieler Artikel und Bücher (u.a. "Totgesagte leben länger – die Friedensbewegung, von der Ost/West-Konfrontation zur zivilen Konfliktlösung").

Kommentar

Vermisse Scharpings Trauermine

Diejenigen, die damals, weil sie nicht wegsehen konnten, den Krieg der NATO befürworteten, können heute sehr wohl wegsehen. Für sie ist es offensichtlich ein qualitativer Unterschied ob Albaner oder Serben und Romas massakriert werden. Wo bleibt denn die allabendliche Trauermine des Herrn Scharping im Fernsehen? Wo bleiben die starken Worte des grünen Außenministers über Faschismus und Menschenrechte?

Der Türkei-besuch des Herrn Joseph Fischer sollte zum Lackmустest für die Glaubwürdigkeit in der Menschenrechtsfrage werden, verkündete die grüne Bundestagsabgeordnete Claudia Roth. Eine Verfärbung des Lackmus allerdings fand nicht statt. Die Lageberichte des Auswärtigen Amtes über die Menschenrechte in der Türkei werden weiter schön gefärbt wie damals die über den Kosovo. Kurdische Flüchtlinge werden auf der Grundlage dieser Berichte des Auswärtigen Amtes weiter abgeschoben, obwohl ihnen Folter und Tod droht.

Was hätte es, völlig zu Recht, für einen öffentlichen Aufschrei gegeben, wenn der serbische Geheimdienst vor oder während dem Kosovo-Krieg einen in Deutschland anerkannten Asylbewerber als angebliches oder tatsächliches Führungsmittglied der UCK entführt hätte? Auf die Entführung des kurdischen Politikers Cevat Soysal, der seit 1995 als politisch Verfolgter anerkannt ist und in Deutschland Asylrecht bekam, durch den türkischen Geheimdienst MIT, jedoch reagiert die rosa/grüne-Bundesregierung nur mit zaghaften Protesten.

Nachdem das neue Großdeutschland über die Menschenrechtsfrage das völker- und grundgesetzwidrige Recht durchgesetzt hat, ohne selbst angegriffen zu werden, überall auf der Welt bei Kriegen wieder mitmischen zu dürfen, hat das Humanitäre, als das den Zweck heiligende Mittel, seine Schuldigkeit getan. Die Welt ist wieder in (der alten) Ordnung. Wen wundert es da noch wenn demnächst der Schlächter von Chile, Pinochet, freigelassen wird, während die um ihre Menschenrechte kämpfenden Kurden, wie PKK-Chef Öcalan, hingerichtet werden?

Frank Knoche

Dienstag 21.09.1999
Diskussionsveranstaltung zum Thema **neue Nato-Strategie** des Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus mit **Prof. Dr. Andreas Buro**
 19.30 Uhr / Gaststätte am Birkenweiher

Spendenrat rügt Schutzgemeinschaft

Geschäftsführer Krebs schweigt zu schwerwiegenden Vorwürfen

Am 11. Mai dieses Jahres rügte der Deutsche Spendenrat die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), deren Bundesgeschäftsführer der Solinger CDU-Bürgermeister Krebs ist. Krebs weigerte sich gegenüber dem tacheles Redakteur Frank Knoche, Einsicht in die Jahresabschlussbilanz bzw. die Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung der SDW zu geben, obwohl sich die Schutzgemeinschaft als Mitgliedsorganisation des Spendenrates ausdrücklich dazu verpflichtet hatte.

Eine nichtssagende Alibi-Bilanz der SDW bewertete der Spendenrat als Verstoß gegen eine ordnungsgemäße Buchführung, sowie den handelsrechtlichen Grundsätzen und der Selbstverpflichtung gegenüber dem Spendenrat nicht entsprechend. Bemängelt wurde weiter das Fehlen einer Vermögensrechnung, eine ausreichende Erläuterung der projektgebundenen Spenden und der Darstellung der Forderungen/Verbindlichkeiten gegenüber der Unser Wald Marketing GmbH.

Die Brisanz dieser Rüge liegt unter anderem darin, daß der Beschwerdeführer in einem Artikel in der tacheles Nummer 9/März 1998, dem Bundesgeschäftsführer Krebs vorgeworfen hatte, daß dieser die Unser Wald Marketing GmbH gegründet habe, um die gesetzlich vorgeschriebene, eingeschränkte wirtschaftliche Betätigung (im Klartext: Gewinnmaximierung) für einen gemeinnützigen Verband wie die SDW, zu unterlaufen. Die tacheles schrieb dazu: "Die SDW will doppelt abzocken! Als gemeinnütziger Naturschutzverband die mit Steuergeldern gefüllten Töpfe bei Bund, Land und Gemeinde und als Marketinggesellschaft die Werbefonds der Industrie." Ebenfalls mußte sich der CDU-Multifunktionär Krebs gefallen lassen, daß die SDW verdächtigt wurde, eine verdeckte Parteifinanzierung für die CDU zu betreiben. Krebs kündigte zwar damals rechtliche Schritte gegen den Autor dieses tacheles-Artikel an, zog es jedoch bisher vor – vertrauend auf Rückendeckung durch seine po-

litischen Freunde in anderen Gremien sowie den Medien – den Skandal stillschweigend aus zu sitzen.

Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut der Rüge des Deutschen Spendenrates e.V.:

"Entscheidungsgründe:

Die vorliegenden Unterlagen entsprechen nicht den Richtlinien des Institutes der Wirtschaftsprüfer (HFA 4/95). Sie verstoßen damit gegen Ziffer 13 der Selbstverpflichtungserklärung des Deutschen Spendenrates e.V.

Das vorgelegte Rechenwerk ist gemäß den Grundsätzen der Einnahmen-/Ausgabenrechnung erstellt. Die Selbstverpflichtung verlangt jedoch grundsätzlich eine Rechnungslegung nach handelsrechtlichen Grundsätzen. Soweit dennoch die Abrechnung nach den Grundsätzen einer Einnahme-/Ausgabenrechnung erfolgt, sind alle Zu- und Abflüsse an Geldmitteln zu berücksichtigen. Dies ist jedoch dem Buchwerk des Beschwerdegegners nicht zu entnehmen.

Die vom Beschwerdegegner gegebenen Erläuterungen zu den Personalkosten entsprechen nicht Ziffer 14, zweiter Spiegelstrich der Selbstverpflichtungserklärung. Danach haben Erläuterungen zu den wesentlichen Aufwands- und Erfolgsposten zu erfolgen. Es fehlen zum Beispiel Er-



Krebs im Tageblatt: Selbst mit abgeschlossenem Rad noch ein dynamischer Radler

Nachfolgenden Text sandte uns Peter Nied zu. Er beschäftigt sich mit dem Versuch der CDU-Jugend Junge Union, die Volkshochschule als Anzeigengeber für ihre Verbandszeitung unter Druck zu setzen. Die tacheles hatte in ihren letzten Ausgaben Aktivitäten der Jungen Union kritisiert. Dies nahmen die sogenannten Jungen Wilden der CDU jetzt offenbar zum Anlaß, die Volkshochschule als Anzeigengeber für die parteiunabhängige tacheles zu attackieren. Die tacheles veröffentlicht redaktionell seit Jahren die Termine der VHS-Radiowerkstatt und erhielt einige Anzeigen der VHS.

"Liebe Christdemokraten,

bei der Durchsicht Ihrer neuen Postille war ich doch ein wenig befremdet. Sie reklamieren, daß die VHS-Solingen eine Anzeige in der Zeitung "tacheles" schaltet aber nicht in Ihrer Zeitung. Ist das Ihre

läuterungen zu den Posten „Herausgabe von Veröffentlichungen“ im Betrag von 180.019,91 DM. Da bereits insoweit eine nicht den Voraussetzungen der Selbstverpflichtungserklärung entsprechende Darstellung vorliegt, war auf die übrigen Mängel nicht näher einzugehen.

Die Prüfung der Buchführung bezieht sich nur auf den Teilbereich „Rechnungslegung“ und entspricht damit nicht Ziffer 13 der Selbstverpflichtungserklärung. Die Abschlußfähigkeit des Wirtschaftsprüfers muß sich vielmehr auch darauf erstrecken, die Richtigkeit des gesamten Abschlusses im Hinblick auf die ordnungsgemäße Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke zu erstrecken.

Eine Vermögensrechnung fehlt. Es werden lediglich die Bestände an flüssigen Mitteln angegeben. Insbesondere ist damit keine Angabe über Forderungen/Verbindlichkeiten zu den Landesverbänden und zum Beispiel gegenüber der Unser Wald Marketing GmbH getroffen. Dies wäre aber zur Erfüllung der Richtlinien des Institutes der Wirtschaftsprüfer (HFA 4/95) im Sinne der Ziffer 13 der Selbstverpflichtungserklärung erforderlich gewesen. Zweckgebundene Spenden werden auf Seite 8 des Berichtes in Form von Kontennachweise aufgeführt. Lediglich die sogenannte Ergänzung zum Prüfungsbericht enthält diesbezüglich zusätzliche Erläuterungen und Hinweise. Daraus folgen die Kontenbezeichnungen auf Seite 8, die sinngemäß lauten müssen „Verbindlichkeiten Unser Wald GmbH“. Da dies nicht gesehen ist, kann aus diesen Angaben eine ausreichende Erläuterung der projektgebundenen Spenden im Sinne von Ziffer 14, vierter Spiegelstrich der Selbstverpflichtungserklärung nicht gesehen werden.

Bonn 11.05.1999 Dr. Michael Hagemann"

demokratische Weltanschauung? Darf sich Ihrer Meinung nach eine Institution wie die VHS ihre Werbeträger nicht mehr ohne die JU oder CDU aussuchen? Gehen Sie so mit der Freiheit der Presse um? Sorgen Sie doch ganz einfach für einen Ausgleich ... nehmen Sie in Ihrer "Impulse" eine Anzeige von "tacheles" hinein. Wo "tacheles" nun, wie Sie meinen und behaupten, eine linksradikale Zeitung ist, sollten Sie bitte etwas genauer nachweisen. Mit Polemik und einer alten Agitprop Klamotte sollte man nicht in einen Wahlkampf ziehen. Erlauben Sie mir zum Schluß noch etwas zum Namen Ihrer Zeitung anzumerken. In der Encarta 99 wird Impulse wie folgt definiert: "Impulsivität – Impulse – ein impulsiver Denkstil ist häufig Ursache von Schulversagen. Durch die übereilte Bearbeitung des Lernstoffs werden für den Lernfortschritt notwendige Voraussetzungen versäumt, weshalb der Schüler schon bald in einen Mißerfolgszirkel gerät."

Mit freundlichem Gruß
Peter Nied"

Hier könnte eine Werbeanzeige der Volkshochschule Solingen stehen.
Tut sie aber nicht.
Wohl aber in der linksradikalen „tacheles“
Mehr dazu lest Ihr in der **IMPULSE**
zur Kommunalwahl (erscheint im September 1999)



CDU-Quintett schwärzt Unschuldigen an Urteil: 6000 DM Geldstrafe

Ein traumhafter Septembertag

Haben Sie genug Fantasie für eine Horrorstory aus dem Alltag? - vielleicht sind unsere Leserinnen so nett, sich mal für einen kurzen Moment vorzustellen, ein Mann zu sein - also: Sie fahren am Samstagmorgen mit Ihrer Frau zum Einkauf in die Innenstadt. Während Ihre Frau noch Drogerieeinkäufe machen möchte, bleiben Sie lieber am Alten Markt stehen, denn da geht es hoch her wie sonst fast nie. Morgen ist Bundestagswahl, und da steht der Platz voller Stände und Pavillons aller möglichen Parteien - Grüne, CDU usw. Obendrein wird noch eine öffentliche Rede geschwungen; ist eine Kundgebung, die die MLPD organisiert hat - ach ja, die wollen ja auch in den Bundestag. Die Leute, die den Platz überqueren wollen, kommen so schnell nicht durch, viele gucken, manche bleiben stehen, Kinder schwenken Luftballons. Es ist ein angenehmer Septembertag - Sie sind völlig nüchtern, aber die ganze Szenerie mit dem Gewimmel, den farbigen Parteiständen, den fröhlichen Kindern macht Sie ziemlich high.

Wahlkampfbroschüren und Sextelefonate

Die Rede über Lautsprecher ist deutlich vernehmbar, es geht um den Rausschmiß einer Jugendvertreterin bei der Firma Henckels. Der Redner sagt, man dürfe junge Menschen nicht einfach wegen ihrer politischen Couleure auf die Straße werfen. Anlässlich dieses Ausspruchs macht es Ihnen Spaß, mit einer Trillerpfeife Beifall zu bekunden - recht unmittelbar am Stand der Grünen. Da kommt eine ältere Frau vom CDU-Stand herübergelaufen, schwingt eine Wahlkampfbroschüre, sagt, Sie sollten nach Rußland abhauen, und versucht jeweils, Ihnen mit der CDU-Broschüre eins über den Däz zu hauen.

Sie erinnern sich an die letzten Zeitungsmeldungen und bringen das Thema auf CDU-Minister, die Sextelefonate geführt haben. Da fängt die Frau, mit Ihnen zu rangeln, doch kaum entstanden, ist der Streit auch schon zu Ende, weil jemand, den Sie beide nicht kennen, sich vorsorglich zwischen Sie stellt.

„Christliche“ Demokraten: Wo ist das Schwein?

Nachdem Ihre momentane Erregung abgeklungen ist, messen Sie selbst dem Vorfall keine Bedeutung mehr bei. Als Ihre Frau aus dem Drogeriegeschäft kommt, verlassen Sie gemeinsam den Alten Markt. An der Bushaltestelle werden Sie von einem Polizeibeamten angesprochen, gegen Sie liege eine Beschuldigung vor: Sie hätten eine Frau vors Bein getreten.

Kladderadatsch mit Personalien, mühselige Suche nach Zeugen auf dem Alten Markt nach dem Motto „Haben vorhin etwas gesehen?“, „Nö, warum?“ - Es kommt Ihnen vor, als träumten sie.

Halali und Haudruff!

Plötzlich werden Sie wach und sitzen als Angeklagter vor dem Amtsgericht Solingen. Gleich fünf CDU-Mitglieder (2 Frauen, 3 Männer) sagen nacheinander gegen Sie aus. Doch diese Zeugen erzählen einen dermaßen Käse, daß man darauf beim besten Willen keine Verurteilung stützen kann. Aus Angst wird Hoffnung, Sie schöpfen Mut, die Gerech-

tigkeit bahnt sich eben doch ihren Weg. Ihr Anwalt lächelt milde.

Nachdem noch drei weitere Zeugen vernommen worden sind, sagen Staatsanwaltschaft und Verteidigung, die Sache ist gegessen: Freispruch! Der Richter geht in sein Beratungszimmer, kommt nach zwei Minuten wieder heraus: 100 Tagessätze à 60 DM, Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte, so verkündet am Amtsgericht Solingen durch Richter Kohlmann am 6. Juli 1999.

Der Bär ist los

Wenn der Schrecken zu wirklich ist, macht das Gruseln keinen Spaß mehr. Der Angeklagte hatte für Richter Kohlmann nur ein Kopfschütteln übrig.

Während der Vernehmungen stand eigentlich nur eine Vermutung wie dicke Luft zur Erkenntnis an, nämlich die, daß die fünf CDU-Kreismitglieder dem Gericht einen Bären aufgebunden hatten. Als Richter Kohlmann sagte, dafür seien „keinerlei Anhaltspunkte erkennbar“ geworden, sah man in allen anderen Gesichtern nur Unverständnis. Diese Überzeugung des Richters teilte am Ende wirklich niemand sonst im Gerichtssaal - selbst nicht der Redakteur des ST, der die Verhandlung bereits eine Dreiviertelstunde vor ihrem Ende verlassen hatte und das Urteil gar nicht mehr zu hören bekam.

Die endgültige Urteilsbegründung? Nur bei uns im ST!

Dennoch wußte dieser Redakteur („do“) kürzt er sich ab) am übernächsten Tag (ST vom 8. Juli 1999) am allerbesten Bescheid: Ein „hinterlistiger Fußtritt gegen eine Parteifrau“ der CDU und dann auch noch „Schutzbehauptungen“, schrieb er, „draufgesattelt“ dafür!

Offen blieb dann aber immer noch, warum man den CDU-Zeugen, deren Aussagen nichts als eine einzige Katastrophe waren, mehr geglaubt hat als dem Angeklagten, der sich

lich gegen das über ihn ausgeschüttete Unrecht wehrte. Alle CDU-Zeugen hatten darauf angespielt oder erklärt, der Angeklagte sei als Kommunist erkennbar gewesen. Belege dafür aber hatte keiner genannt. Also tat der Richter einen Teufel, dies bei der Urteilsbegründung auszusprechen. Aber kein Problem, Solingen hat sein ST und den Fachmann „do“, der erkannte: Ha, der Angeklagte ist doch Kommunist, und ich, „do“, bin die beste Spürnase weit und breit. Logisch, so „do“ im ST vom 8. Juli, dem Angeklagten war aus genau dem Grund nicht zu glauben, weil er die Tat „vor vielen Zuschauern aus der linken Szene“ bestritt.

Inquisition bis zum Wahnsinn

Insgesamt wurden 4 Zuschauer im Gerichtssaal gezählt. Was an denen „links“ war, wird Herr „do“ gewiß irgendwann einmal noch mal nachtragen. Doch wie Richter und die CDULer dachte auch der ST-Redakteur nur an das Eine: Wie kann man einen Tritter erklären, für den nie ernsthaft jemand ein Motiv finden könnte? Es gibt einfach keine andere Erklärung - das muß ja ein verkappter Kommunist sein! Endlich, dank „do“ hatte man jetzt den Beweis: Es waren zu viele Zuschauer „aus der linken Szene“ da. Damit auch der letzte wirklich weiß, wofür so ein Urteil gut ist. Spürnase „do“ war damit am Ende der „Richter“, der die einzig wahre Urteilsbegründung geliefert hat.

Danke Ihnen, Herr „do“ und Ihrem Blatt. Der kommenden Berufungsverhandlung am Landgericht Wuppertal (Termin steht noch nicht fest) werden Sie wegen der knappen Zeit, die Ihnen das ST bezahlt, bestenfalls wieder nur zur Hälfte beiwohnen können. Natürlich freuen wir uns aber jetzt schon darauf zu erfahren, welche Urteilsbegründung Sie, Herr „do“, Sie nach dem Urteil in zweiter Instanz wahrsagen werden!

Otto Mann

Reisebüro Dream

Reisen, Versicherungen, Zeitschriften
Entenpuhl 1-3
42651 Solingen
fon 0212 / 224 51 23
fon 0212 / 224 37 14
mobil 0172 / 730 21 69
Fax: 0212 / 224 51 24

Inh. Aydin Dogan

Öffnungszeiten: Mo-Fr 6.00-19.30 Uhr
Sa 8.00-15.00 Uhr

Solingen und die Kultur (Teil 2)

Wie es weiterging...

Wir berichteten in der Frühjahrsausgabe der tacheles darüber, wie die Idee für ein soziokulturelles Kommunikationszentrum in Solingen entstand, welche politischen, finanziellen und Standortprobleme bei der Realisierung des Projektes zu lösen waren und erst einmal nicht gelöst werden konnten, und wollen jetzt im zweiten Teil unseres Rückblicks zusammenfassen, was bis zur Eröffnung des soziokulturellen Kommunikationszentrums Cobra weiter passierte, so z.B., welche Pläne der Verein "Die Provinz lebt! e.V." (im Folgenden DPL) hatte und wie die finanzielle Situation aussah.

Der Kauf des Cobrafilm-Gebäudes

Nachdem der Traum von einem Kulturzentrum im ehemaligen Stadtwerkegebäude auf der Gasstraße ausgeträumt war, ging die fieberhafte Suche nach einem geeigneten Gebäude weiter. Wie bereits erwähnt, war der dezentrale Charakter der Stadt Solingen bei der Wahl eines geeigneten Objektes der Suche nicht gerade zuträglich.

Im August 1988 schlug die Verwaltung dem Hauptausschuss vor, ein selbstverwaltetes Kulturzentrum im ehemaligen Verwaltungsgebäude der "Cobrafilm" einzurichten, das nach dem Konkurs der Firma versteigert werden sollte. Dem Vorschlag wurde zugestimmt, und kurz darauf ging das ehemalige Cobrafilm-Verwaltungsgebäude für eine halbe Mio. DM in den Besitz der Stadt Solingen über.

Bereits im September 1988 legte DPL ein erstes grobes Nutzungskonzept vor. Der große Nachteil dieses Gebäudes gegenüber dem Gebäude an der Gasstraße: es gibt hier zu wenig Proberäume für Gruppen bzw. Bands. Das endgültige Nutzungskonzept des DPL vom Oktober 1988 sah vor, im Untergeschoss neben einem großen Veranstaltungssaal die VHS-Filmwerkstatt, Gruppenräume und Gastronomie und einen Garten für ein Freiluftcafé einzurichten. Die 1. Etage sollte ein Kino, Büros, Gruppenräume, Toiletten und eine Künstlergarderobe beherbergen. Für das Dachgeschoss war eine Wohnung für Techniker vorgesehen. An Fixkosten veranschlagte DPL 170.500 DM jährliche Personalkosten für 5 hauptamtliche Kräfte (davon 2 Teilzeitkräfte), 51.880 DM für nebenamtliche Mitarbeiter, 83.000 DM für ABM-Kräfte und 125.000 DM (darin die Rücklage) für Betriebskosten. Nach Berechnungen des Vereins entstünden an Gesamtkosten einschließlich des Programms 575.980 DM jährliche Kosten, denen Einnahmen von 364.430 DM gegenüberstünden. Als jährlichen Zuschussbedarf beantragte DPL einen Etat von ca. 260.000 – 264.000 DM. Natürlich wurde dieser Etat im Kulturausschuss als zu hoch angesehen, Ulrich Uibel bezweifelte auch den Bedarf von 5 hauptamt-

lichen Mitarbeitern. Der Kulturausschuss erhöhte aber den jährlichen Etat für DPL von 45.000 DM auf 85.000 DM. Das war im Dezember 1988. Bis zur Eröffnung des soziokulturellen Kulturzentrums Cobra am 7.10.1994 war es dann aber noch ein langer Weg.

Der lange Weg bis zur Eröffnung

Warum der ganze Prozess 6 Jahre dauerte, ist nicht genau nachzuvollziehen. Fakt ist, dass die Stadt Solingen in einer Finanzmiserie steckte, und die FDP deshalb bspw. inzwischen ganz gegen die Umsetzung des Nutzungskonzeptes war. Auch war zu klären, inwieweit vom Land wirklich mit Zuschüssen zu rechnen war. Tatsächlich schleppte sich die Klärung der Finanzfrage bis Mai 1992 hin. Erst da war die Finanzierung der Cobra trotz Finanzmiserie im städtischen Haushalt gesichert: das Land hatte einen Zuschuss von 80%, d.h. 3,4 Mio. DM bewilligt. Ursprünglich hätten 2,4 Mio. DM gereicht (und waren auch bewilligt worden), doch offensichtlich waren Mehrkosten durch die Schläfrigkeit innerhalb der Stadtverwaltung entstanden. So wurde der Vorwurf geäußert, daß die Baupreise gegenüber 4 Jahren vorher – also 1988 – um mindestens 1 Mio. DM gestiegen wären. Hätte man also früher das Konzept umgesetzt, hätten diese Kosten gespart werden können. Wiederum mehr als ein Jahr später – im Oktober 1993 – stimmte dann endlich der Kulturausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen (bei Enthaltung der FDP) dem Nutzungskonzept zu. Dieses war zwischen dem Kulturausschuss und dem Trägerverein (DPL) ausgehandelt worden. Er sah nun eine Nutzung im Sinne eines soziokulturellen Zentrums vor: "Kreativität und Kommunikation, interkultureller Austausch, Selbstverwaltung, Nutzung der Räume durch DPL aber auch Recht auf Mitnutzung durch Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen, Vereine, Künstler, eine Disco speziell für Jugendliche". Es sollte eine deutliche Unterscheidung von kommerziellen Anbietern erfolgen, die Veranstaltungen möglichst breit gefächert werden, u.a. mit Konzerten, Kino, Theater, Kinderkultur, Weiterbildung und Ausstellungen sowie Video- und Filmproduktionen. Ende Oktober 1993 billigte der Stadtrat das Nutzungskonzept mit den Stimmen von SPD, Grünen und Teilen der CDU. Die FDP stimmte dagegen. Die Umbauarbeiten konnten nun intensiviert werden.

Eröffnung des soziokulturellen Kommunikationszentrums Cobra

Am 7.10.1994 öffnete das Kommunikationszentrum Cobra endlich seine Pforten. Die Ziele waren hochgesteckt. Immerhin hatte der



Umbau 15 Monate gedauert und 4 Mio. DM inkl. Einrichtung gekostet. Dem interessierten Publikum sollte auf 2.100 qm-Nutzfläche ein breitgefächertes Programm angeboten werden.

Erste Veranstaltungen waren mit Lotti Huber, Dieter Nuhr und Billy Cobham & Band geplant. Haben sich nun bis heute die ganzen Kosten gelohnt? Was wurde aus der Cobra? Vieles in der Folgezeit ist schief gegangen, wie sieht der Erfolg der Cobra heute aus? Was aus der Provinz und ihren Träumen wurde, werden wir in einem dritten Teil zu Solingens soziokulturellem Kommunikationszentrum näher beleuchten.

Andrea

Kommentar

Mit der Standortwahl für das Haus waren auch inhaltliche Entscheidungen gefallen: Der Standort Merscheider Str. an der Stadtbezirksgrenze zwischen Ohligs und Merscheid liegt abseits aller 3 Stadtzentren, die Solingen aufzuweisen hat. Damit wurde eine Mitnutzung durch eine wie auch immer geartete Jugendszene zumindest erschwert; eine Einbeziehung des Kommunikationszentrums in eine vorhandene Kneipen-, Biergarten-, Kulturszene kann so vor Ort nicht stattfinden. Das Kommunikationszentrum kann kaum auf Stadtteilkultur vor seiner Tür zurückgreifen, vom Merscheider Heimatverein einmal abgesehen.

Schien die Dezentralität des Standortes zunächst dem Anspruch der Provinz lebt e.V. zu entsprechen, neben dem Zentrum auch dezentrale Kulturarbeit in allen Stadtteilen zu machen, so stellte sich doch schnell heraus, daß ein Kommunikationszentrum, das natürlich den Kern der Aktivitäten der Provinz ausmachen mußte, vor allem von den Menschen lebt, die es aktiv nutzen. In der Nutzungskonzeption war jedoch nicht vorgesehen, dem alten Gedanken einer Mitnutzung des Hauses durch Initiativen nachzukommen. Anders als z. B. im Stadtwerkegebäude in der Gasstraße waren hier keine Proberäume für Rockgruppen eingeplant – damit hätte man einen unschätzbaren räumlichen Bezug zur örtlichen, durchaus beachtenswerten Musikszene gehabt.

Dietmar Gaida



Prolog: Hausbesetzungen haben in Hilden eine alte und ehrwürdige Tradition. In den wilden und revolutionären 80ern wurde hauptsächlich für bezahlbaren Wohnraum gekämpft, seit Anfang der 90er (Besetzung der Elb und Folgebesetzungen) kommt noch die Komponente des solidarischen und sozialen Handelns für und mit den anderen, hinzu. Auch die letzte Besetzung (ehemalige Stadtbücherei 1995) war bereits als Initiative für eine Art autonomen Zentrums gedacht. Während der damaligen Besetzung, die über drei Tage andauerte, fanden auch viele Veranstaltungsrunden und Konzerte statt, die nicht nur das Gefühl des charmanten Chaos bei den TeilnehmerInnen hinterließen, sondern auch den Geschmack von etwas Neuem, Freiem und jeden sich jeden Augenblick frisch Erschaffenden erahnen ließen... In Folge der Besetzung und aufgrund der Tatsache, daß seitens der Stadt damit begonnen wurde, junge Leute, die eine willkürlich gezogene Altersgrenze überschritten hatten, aus den Jugendzentren zu, hmmm, säubern?, bildete sich der Verein für soziale Kultur Hilden e. V., der sich als Ziel gesetzt hatte, Räume für Initiativen, Treffs, etc. zu schaffen. Der Verein hat seither zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, meist mit weitaus größerer Besucherfrequenz als ähnliche, von der Stadt organisierte. „Eigene“, selbstverwaltete Räumlichkeiten blieben aber stets ein von der Stadt und den Zwängen des Kapitalismus veränderter Traum.

Besetzung des alten Güterbahnhofs in Hilden

Für ein unabhängiges Jugend - und Kulturzentrum!!!

Autonomes Zentrum Hilden informiert:
Selbstverwaltetes Jugend und Kulturzentrum im alten Güterbahnhof geschaffen!
AZ am Schrottplatz!

Am 22. Mai 99 haben wir, das BesetzerInnenkollektiv, die Initiative ergriffen, um den alten, seit Jahren leerstehenden Güterbahnhof wieder mit Kraft, Liebe, Spaß, schlicht mit Leben zu erfüllen. Lebendiges Recycling also! Nun wollen wir ihn mit Hildener Jugendlichen und den kulturell und politisch interessierten Menschen dieser Stadt (und dem Hildener Umland, denn was liegt näher?), die bisher vergeblich auf alternative Angebote abseits des Etablierten hofften, teilen.

Dieser Akt der Rückführung von Volkseigentum (das Gebäude befindet sich im Besitz der Deutschen Bahn AG, welche ja zwischenzeitlich ans Kapital verschachtet wurde) währte leider nicht lange. Gegen 7.00 Uhr morgens gingen die Leute rein und nur etwa 2 Stunden später riegelten „Knüppelbullen“ des Bundesgrenzschutzes das Gelände ab. Die BesetzerInnen forderten Gespräche mit den (rot-grünen) Vertretern der Stadt, und tatsächlich tauchten bald zwei VertreterInnen der OlivGrü-

nen und der Bürgermeister (Spezialdemokraten) auf. Alle drei machten aber unmißverständlich klar, daß das Ergebnis der Verhandlungen nur die Räumung des Gebäudes sein könne. Entweder freiwillig oder durch den Staatsschutz. Die BesetzerInnen ließen sich Straffreiheit zusichern und einen Termin für weitere Gespräche mit der Stadt und räumten dann, nach ca. 6 Stunden, das Gebäude, sodaß die für abends angekündigten Konzerte leider nicht stattfanden.

Der Kampf um ein nichtkommerzielles, selbstverwaltetes, soziales und allein dadurch revolutionäres Kultur- und Jugendzentrum ist aber noch nicht zu Ende.

Nach einem Gespräch mit der Stadt erarbeiteten die BesetzerInnen und UnterstützerInnen innerhalb einer Woche ein Nutzungskonzept. Dieses sieht im wesentlichen vor, daß die Stadt das Gebäude (oder Alternativobjekt) kauft und dann einen Schenkungs- oder Nutzungsvertrag mit dem in Gründung befindlichen Trägerverein „Unabhängige Kultur- und Jugendinitiative Hilden“ abschließt. Der Verein würde dann die Renovierung und den Ausbau des Gebäudes weitgehend selbst übernehmen und später dann auch den Unterhalt des kulturellen „Programms“ auf ehrenamtlicher Basis regeln. Wäre also ein prima Schnäppchen für die Stadt, da außer dem Ankauf des Gebäudes (ca. 400.000 DM) keine Folgekosten durch Sozpäds, Thekenschaffung etc. entstünden.

Das Programm des Trägervereins umfaßt weiterhin folgende Nutzungsideen: Unkommerzieller Treffpunkt für alle Jung- und Junggebliebenen und vegetarische Volksküche, regelmäßiges Antifa - Cafe mit Diskussionen und Vorträgen, Proberäume, Werkstätten, Atelier, eine Halle für Skater, Angebote für Körperarbeit und -wahrnehmung, Tanz, Meditation, Konzerte, Theater, Disco, Ausstellungen, etc., Freiräume für Frauen und gleichgeschlechtlich orientierte Menschen.

Kurz: das zur Verfügung stellen von Räumlichkeiten für alle Gruppen, Initiativen, Vereine und andern Bedarf anmelden ist Hauptvereinsziel. Meldet ruhig jetzt schon einmal Euren Bedarf an - Kontaktmöglichkeiten am Ende des Artikels.

Letzte Meldung: Reclaim the streets party/Demo am Freitag 27.8. ab 17.00Uhr, Lindenplatz/S-Bahnhof Hilden-Süd

Bei einer Bürgerfragestunde und Ratssitzung, an der einige Leute teilnahmen, kam es dann zu einer äußerst frevelhaften Tat eines Einzeltäters: Ein wohl von der parlamentarischen Demokratie schon frühzeitig frustrierter Jugendlicher beschriftete ein Stück Sitzungssaal (Wandfläche: ca. 50 x 15 cm, Tatwaffe: Bleistift) mit dem Spruch „Kein Tag ohne Autonomes Zentrum“, woraufhin die Stadt die Gespräche erstmal abbrach. In den Etagen des städtischen Verwaltungsapparats wurde von großflächigen Sprühaktionen der ganzen Gruppe gesprochen (stille Post oder ein Versuch zur Diskreditierung, nach dem Motto: Alle Serben sind böse - alle Autonomen auch?)

Einige Leute ließen sich dennoch nicht abschrecken und so kam es am 3. Juli zum feierlichen Akt der

„Grundsteinlegung für ein unabhängiges Jugend- und Kulturzentrum Hilden“. In der Stadt wurde von BesetzerInnen im Blaumann ein symbolisches kleines Häuschen gemauert, während andere in Anzug und Krawatte dabeistanden und Sekt und Schnitzchen konsumierten (doch ein schneller Lernprozeß in Sachen Democracy?).

An einem Infostand bekundeten zahlreiche BürgerInnen ihre Solidarität und Zustimmung mit den Zielen der Initiative, Unterschriften wurden gesammelt, Gespräche geführt und Demokratie von Unten gelebt. Mittlerweile ist die Stadt scheint anscheinend wieder zu Gesprächen bereit, und die Gruppe beging auch den formalen Weg und reichte einen Bürgerantrag beim Hauptausschuß des Rates ein. Zu bemerken ist in jedem Fall, daß die Stadt die Notwendigkeit eines Kulturzentrums in Hilden nicht bestreitet.

Die Initiative will in jedem Fall weitermachen und Druck von unten erzeugen. Verschiedene Aktionen sind in der Planung, so ein Modellheißluftballonflug unter dem Motto „Eure heiße Luft verleiht uns Flügel“ und eine „Reclaim the Streets“-Demo/Party.

Solidarisiert auch Ihr Euch mit der Initiative, tragt Euch auf den Unterschriftenlisten ein

**MESSE-
STÄNDE**

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Augustinerstr. 18
42719 Solingen

Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

und informiert Eure FreundInnen und Verwandten und KollegInnen. Fragt bei der Initiative nach, ob Ihr sonstwie mithelfen, mitgestalten könnt (nur Mut, sind alles recht nette, offene Menschen). Spendet Knete oder Sachleistungen, wer hat Kopiermöglichkeiten for free? Besprecht Euch in Euren (politischen) Gruppen und tragt Aktionen mit und ruft mit dazu auf. Beendet die Isolation und Resignation, überlasst die Welt nicht den Konzernen und den Faschisten. Scheißt auf Eure Karrieren. Organisiert Euch - freiheitlich, solidarisch, sozial. **A.Z.**

Kontakt: Unabhängige Kultur- und Jugendinitiative Hilden i. G., c/o Sokult e.V., Hochdahler Str. 179, 40724 Hilden, Tel. 02103/334436 (leider sehr unregelmäßig besetzt - sorry, bald soll's aber eine Anrufbeantworterin geben - bis dahin zur Not schriftlich) oder Infostände in der Fußgängerzone - samstags.

Epilog: Wir betrachten unsere Initiativen für selbstbestimmte Lebensräume in unseren Kaffern nicht als getrennt vom Kampf der indischen Bauernbewegungen um direkte Verfügung über Ihre Felder, nicht als losgelöst vom Streiten der australischen Ureinwohner um Ihre Würde oder vom Streben der Kurden nach Unabhängigkeit.

Es geht um einen internationalen Kampf für die gerechtere Verteilung von Ressourcen und für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Selbstbestimmung der lokalen Bevölkerung. Macht näher an den Menschen bringen. Den Kapitalismus in seinem Grunde, der Verfügung über privates Eigentum, ignorieren und dadurch auflösen. Buff!

186 Nazi-Morde in den letzten 10 Jahren

- eine unvollständige Chronik -

Der Buchladen Georgi Dimitroff (Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main, Fax 069/730920) hat ein erschütterndes Plakat über die Chronik, meist nachgewiesener und weniger vermuteter von Nazis begangenen Morden im Deutschland der letzten zehn Jahre herausgegeben. Das Din-A3-Plakat, welches auffordert, daß nichts vergessen und nichts vergeben werden darf, ist unter obiger Adresse zu bestellen.

Eastcoast



Vs.



Westcoast

**Der Hass.
Die Liebe.
Die Gewalt.
Die Freundschaft.**

Nach dem Film: **Das Theater.**

Wir brauchen Euch!

Alle, die Spaß an Tanz, Theater, Bühnenbau und Multimedia haben, meldet Euch bei der Jugendförderung und Ihr könnt mitmachen. Nächster Theater-Workshop in der Cobra: Samstag 28. + Sonntag 29.8.99, 10.00 - 18.00 Uhr

**Information und Anmeldung bei:
Jugendförderung, Jürgen Beu, fon 2902760**

**Ohne Kultur ist in Solingen nix los...
...ohne Werbung auch nicht!**

City Billboard GmbH
Werbeagentur
Ronsdorfer Str. 74
40233 Düsseldorf
Fn 0211 7334434
Fx 0211 7332811



LeserInnenbriefe

Gegendemo zum G8-Gipfel

Am 19. 6. fand in Köln eine internationale Großdemonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel (G8 - Treffen) statt. Auf diesen Gipfeln werden bekanntlich die Richtlinien zu einer Politik festgelegt, die den transnationalen Wirtschaftsunternehmen eine effizientere und brutalere Ausbeutung der Menschen und der Natur ermöglichen soll. Dies geschieht, indem die sogenannte Globalisierung gepuscht wird, die durch den Wegfall von Handelsbeschränkungen das ungehemmte weltweite Agieren des Großkapitals ermöglicht.

Insofern rangiert dieser WWG in seiner Wichtigkeit noch weit vor dem Gipfel der Europäischen Union, wo letzten Endes nur das umgesetzt wird, was von den G8 abgesegnet ist. Leidtragende dieser Politik sind vor allem die Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, deren Regierungen sich dem Druck der mächtigsten Industrienationen nicht widersetzen können, b.z.w. wollen.

Die Gegendemonstration hat daher eine enorme Wichtigkeit für all jene Leute, die gegen diese Globalisierung Widerstand leisten, vor allem für die sozialen Bewegungen in den ärmeren Ländern. Sehr traurig fand ich daher, daß an der Demo sehr wenig Menschen teilgenommen haben, zumal der größte Block von den Kurden und Türken gebildet wurde und außerdem einige hundert Delegierte der Peoples Global Action, einer Gegenbewegung vor allem von indischen Bauern.

Was ist mit Euch los? Seid Ihr zu satt? Habt Ihr völlig resigniert? Sind die wenigen Freiräume, die Euch das Kapital gestattet (wie z. B. diese Zeitung hier, die in einem ärmeren Land vermutlich der übelsten Repression ausgesetzt wäre) Eurem Selbstverständnis genug?

Leute, geht auf die Demos!!! Wenn Ihr nicht für Euch tut (obgleich die Daumenschraube des Kapitals ja auch hier gewaltig angezogen wird), dann machts für die Anderen. Jeder Mensch, der hier protestiert, gibt zehn Aktiven in Indien und sonstwo die Kraft zum Weitermachen. Und auch sich selbst und den anderen TeilnehmerInnen für ihren lokalen Kampf.

Die Inder sagten übrigens, daß dort auf Demos scharf geschossen wird, und fanden deshalb die üble Behandlung die ihnen und einigen anderen auf einer kleineren Aktion am Rande diese Gipfels zuteil wurde, nicht so schlimm: Sie wurden auf einem U - Bahnhof eingekesselt, festgenommen und mußten nach einigen Stunden in Polizeikasernen weit außerhalb der City zusehen, wie sie wieder in die Stadt kommen. Der Grund für die Verhaftungsaktion? Angeblich wegen Schmiereien in der U - Bahn. In Wirklichkeit aber ging es dem Staatsschutz darum, zu verhindern, daß die Inder und einige Hiesige in die City gelangen. Sie wollten dort die Mächtigen dieser Welt auf Ihre Weise begrüßen: Indem Sie sie auslachen... ???

Betr.: 630-Jobs

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich verfolge bereits seit einiger Zeit die Diskussion um die 630-Jobs und mir ist es unverstänlich, daß Menschen nun diese Jobs kündigen, weil sich die Arbeit in diesen Jobs angeblich nicht mehr lohnt. Es war doch lange Zeit so, daß insbesondere Frauen, die auf eine sozialversicherungspflichtige Stelle angewiesen waren, kaum eine solche Stelle bekommen konnten, weil nur 630-Mark Jobs angeboten wurden. Außerdem waren sie vor allem nicht rentenversichert.

Für die Arbeitgeber waren natürlich die 630-Mark-Jobs attraktiv, weil sie natürlich keine Arbeitgeberbeiträge zur Soz.-Vers. leisten brauchten. Obendrein wurde zumindest im Gebäudereinigungssektor im 630-Mark-Job ein wesentlich geringerer Lohn gezahlt und die Putzfrauen und -männer haben praktisch ihre Steuern selbst bezahlt. Hinzu kommt noch, daß für erarbeitetes Geld keine Soz.-Vers.-Beiträge erbracht wurden aber Leistungen der Soz.-Vers.-Träger in Anspruch genommen wurden. Nicht zuletzt deswegen sind dort die Kassen auch leer. Mich wundert nur, daß die Krankenkassen und die Rentenversicherungsanstalten dagegen nicht protestiert haben. Ich begrüße sehr das neue Gesetz ohne Wenn und Aber und ohne Ausnahme - auch nicht für Sportvereine!

Wenn Herr Riester zur Rücknahme dieses Gesetzes gezwungen werden sollte, brauchen wir ja in Zukunft keine Parteien mehr wählen - eine mächtige Minderheit würde dann eine machtlose Mehrheit regieren, und den Staat erpressen.

Mit freundlichem Gruß
Hannelore Dauben

LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bürgerfunk

Bürgerfunk. Das ist Radio von und für Menschen aus Solingen und Remscheid. **Zu hören täglich von 19.04 bis 20.00 Uhr und am Wochenende von 18.04 bis 20.00 Uhr auf Radio RSG (94,3 MHz).**

Alle hier abgedruckten Sendeplätze beziehen sich, wenn nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, auf den Sendetermin um 19.04 Uhr. Änderungen und Ausfälle sind nicht beabsichtigt, aber leider möglich.

- 16.08. **Stechuhr.** Sendung der Gewerkschafter für Lokalfunk
- 17.08. **Soultrips.** Musiksending der Studiowelle 2, Solingen
- 18.08. **Dark Awakening.** Harter Rock aus der Kraftstation Remscheid
- 19.08. **Freak Out Show.** Radio Kraftstation
- 20.08. **Radio Klingenstadt.** Frido Schneiders lokales Magazin
- 21.08. **(18.04 Uhr) Mix'n'Mojo.** Musik aus dem Gewerkschaftsstudio
- 21.08. **RückblendeMusikSpecial.** Studiowelle 2, Solingen
- 22.08. **Komm on Air.** Studiowelle 2, Solingen
- 24.08. **Kreuzblende.** Sendung des Katholischen Bildungswerks
- 25.08. **Bubblegum.** Kindersending aus dem Katholischen Bildungswerk
- 26.08. **Subotnix.** Radio Kraftstation
- 27.08. **Radio 8**
- 28.08. **(18.04 Uhr) Memory.** Radio Kraftstation
- 28.08. **De Hangkgeschmedden.** Sendung auf Solinger Mundart
- 30.08. **Grüne Welle.** Sendung der Kreisjägerschaft
- 01.09. **Radio Multi-Kultl** präsentiert vom Verein Talklang
- 02.09. **Donnerzeit.** Radio Kraftstation
- 03.09. **Tiere in Not.**
- 05.09. **(18.04 Uhr) Studio Bergisch Land**
- 05.09. **Full House.** Ev. Jugendmagazin
- 06.09. **Night Storm.** Harter Rock der Gewerkschafter für Lokalfunk

20.09. **Stechuhr.** Gewerkschaftsmagazin mit den Forderungen der Gewerkschaften zur Kommunalwahl

Andere hören Radio,
Sie machen
die Sendung!



Die Radiowerkstatt der Volkshochschule Solingen bringt Sie ins Radio!

RADIO WERKSTATT

Telefon: 20 84 58
oder 290-24 70

vhs
Solingen

Gruppeninfos

Termine



GETAWAY!
in der alten Beckmann Brauerei Ohliges

MIDLIFE-CRISIS? SPECIAL Samstag 4.9

SCENIC VIEW mit: GLAMOURBOYS SHADE DISTORTION Dienstag 7.9

MIDLIFE-CRISIS? Samstag 11.9
Die Party für alle um die 30

NEBULA Montag 13.9

SWEET DREAMS Samstag 18.9
Die 80er und NDW-Party

HERZ BEIßT HAIFISCH Samstag 25.9
Die Coolibri Single-Party

STAYIN' ALIVE Samstag 2.10
Getaway Night Fever

SCHOOL'S OUT FESTIVAL DONOTS • BEATSTEAKS BLACKMAIL • UNCLE HO Montag 4.10

SCENIC VIEW mit: SAMBA Dienstag 5.10

FIDDLER'S GREEN Samstag 23.10

DER TELÖK Dienstag 26.10

OYSTERBAND Dienstag 28.10

JEDE WOCHE

Mi 300 MINUTES Hip-Hop - Rave - Dance - Club - Party - Alternative 20 Uhr

Do DIE WILDE 13 MUSIK AUS DER WILDE WÄLDER GETAWAY! 20 Uhr

Fr SCHWEIS-NAB Hip-Hop - Dance - Club - Party - Alternative 21-3 Uhr

So TANZ:BAR Soul - Funk - Hip-Hop - Rave - Parties 21-3 Uhr

**Kottendorferstr. 21
42697 Solingen
Info: 0212-71545**

AG Weiße Rose: Treff jeden Di 18h im Pavillon der Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international: Treff jeden ersten Mi 20h, Kontakt: ☎ 4 15 78

Antifa Bergisches Rheinland: c/o Infoladen, Postfach 10 09 31, 42609 SG

Bürgeraktion Contra Westtangente: Treff jeden 1., Di. 19.30h im Gemeindezentrum Lutherkirche, Kontakt ☎ 17845

Café Courage: Klemens-Horn-Str. 3, Mo 15-18h, Di 10.30-15h, Mi-Fr 10.30-18h (Frauen), Sa 11-15h (Familien) ☎ 27 36 35, Fax: 1 71 98

Café International: Treff j.d. 1. Freitag im Monat, 19h, Wupperstr. 120

Den Krieg überleben: Kontakt: H.Reckwerth, Am Eckbusch 39/85, Wuppertal, ☎ 72 25 23

Frauengruppe International im Frauenverband Courage: Treff 14tg. im Café Courage, ☎ 27 36 35

Frauenhaus: ☎ 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Albrechtstr. 12, ☎ 5 54 70

Graue Panther: Eiland 17, 42651 SG

Lesbentelefon: Mo, 20-22h ☎ 0202 / 44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, ☎ 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: Treff j.d. 1. Mo. 19.30h in der Biolog.

Station Mittlere Wupper, Vogelsang 2, Kontakt: Fernand Willig, ☎ & Fax: 32 96 42, e-mail: RBN@wtai.de Internet: www.solingen-natur.de/rbn

Schwuler Stammtisch: Jd. Di. 20h im Cobra, Merscheider Str. 77-79

SJD-Die Falken: Richard-Wagner-Str. 96, ☎ 58 61 87

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus: Treff, Do. 12.8., danach 14tg. im Café Courage

Sol. Arbeitslosenzentrum SALZ Forststr. 38, 42697 SG, ☎ 7 10 41

Solinger Koordinationstreff gegen Arbeitslosigkeit: Infotel.: 710- 41/42

SOS-Rassismus: ☎ 20 10 00, Fax: 20 51 37

tacheles: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 SG, Fax 17198, e-mail: tachelesSG@wtai.de

Tauschring: Treff Gemeindehaus der ev. Kirche Wittenbergstr. 4. Kontakt: SALZ, ☎ 7 10 41/42,

Türkischer Volksverein: Van-Meenen-Str. 1, ☎ 20 48 45, Mi: Saz-Kurs 19-21h, Do. Kinderfolklore 18.30h, Fr. 18h Familientreff, Sa/So: Café und Vorträge im Intertreff

VVN-Bund der Antifaschisten: Kontakt: ☎ 2 24 44 44

13.8. Coffein Bomb, Punkrock aus Hamburg + Messies, AZ Wuppertal

14.8. Naturkundl. Wanderung: "Die versteckten Wunder der Ohligser Heide" mit Dr. Jan Boomers, 15-17.30h, Treffpunkt: Wanderparkplatz gegenüber des Engelsberger Hofes, Langhansstr.

28.8. "Feed the Cow II"-Festival, Getaway

28.8. "Stieffamilien" - Krisen und Chancen von neu zusammengesetzten Familien, 10.-17.45h, Unter'm Dach e.V., Solingen, 90 DM

28.8. Party mit Livebands usw. ab 15h, Moers-Meerbeck, Bismarckstr. 41a zum 5. Geburtstag des anarchistischen Zentrums der Freien ArbeiterInnen Union (FAU). Für Übernachtungsmöglichkeiten anmelden unter: 02841/537316.

4.9. Exkursion durch das renaturierte Lochbachtal mit Ziel: Bot. Garten/Bio-Station, 11h, Treffp.: Getaway

4.9. Landesweite antifaschistische Demonstration und "Reclaim the Streets"-Party gegen das (entstehende) Nazizentrum in Eschweiler-Dürwiß und die verstärkten Nazi-Aktivitäten im Aachener Raum. Unterstützung der Demo / weitere Infos bei: Antifaschistisches Bündnis Aachen, c/o Rotes Büro, Charlottenstr. 6, 52070 Aachen, Tel. 0241/5152476 (mo. 20-22h), Fax: 0241/5152478, antifa_b_aachen@iname.com

11.9. 3. Afrikanischer Tag, 10-20h, HdJ Barmen

11.9. Yoga und Ernährung, 10-17h, Unter'm Dach e.V., 85 DM

18.9. Vagabunden im Hossa-Rausch, 20h im Cobra

21.9. Diskussionsveranstaltung des Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus mit Prof. Dr. Andreas Buro, 19.30h, Haus am Birkenweiher

22.9. Kwirl, Snic dools (Punk-Rock), 20 h (Einlaß)/21 h (Beginn) HdJ Barmen (LCB), 12 DM (VVK)/15 DM (AK)

23.9. Detached, Valley Clan (HipHop/Funk) 20h HdJ Barmen (LCB), 10 DM

24.9. Till & Obel, „Die Drei Muskelkater“ 20 h, HdJ Barmen (LCB), 29 DM (VVK)/34 DM (AK)

Kino

Termine

VHS-Filmstudio, Di. 20Uhr Mühlenhof, So. 17.30h Cobra

10./15.8. Hi-Lo Country

17./22.8. Lang lebe Ned Devine

24./29.8. Schwarze Katze, weißer Kater

31.8./5.9. Der Dieb

7./12.9. Still crazy

14./19.9. Shakespeare in love

21./26.9. Pleasantville

29.9./3.10. Celebrity

Termine der Solinger Kinemathek e.V.: Kinderfilmprogramm im Jugendhaus Haan, Alleestr. 6, Haan, Tel. 02129 911475, jeweils 15h, 5 DM (für Kinemathek-Mitglieder frei)

11.9.99: Pünktchen & Arton - Das Original! Nach Erich Kästner

18.9.99: Pelle Ohneschwanz, Schwedischer Zeichentrickfilm

25.9.99: Amy & die Wildgänse

30.9. Tagebuch eines Skinhead in Istanbul, Kabarett, 20 h, HdJ Barmen, 15 DM (VVK)/12 DM (VVK erm.)/14 DM (AK erm.)/17 DM (AK)

Kattwinkelsche Fabrik, W'kirchen

13.8. Frauencafe, 20h

15.8. Frauenkleider- u. Kindersachenbörse, 11h

21.8. Bal Folk m. Sans Toupet, franz. Tänze, 20h, 12 DM

28.8. - 30.8., Kirmesspektakel 99:

28.8. Iris Penknin Band, 16h, Doctor Beat, 19h

29.8. Beale Street Jazz Band, 11h, Lila Lindwurm 15h, Constant Changing-People 18h

30.8. Wärk 2, 19h

in Solingen nix los ????

MUMMS & BIRKENWEIHER

VIEL VERGNÜGEN! *nix wichtig!*

Naturschutz aktiv in Solingen

- Aktive Geländearbeit
- Vorträge
- Politische Arbeit
- Umweltschutz mit Kindern



Bergischer
Naturschutzverein
Telefon 329642

RBN